

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich: Albert Baur, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Wühlstraße 8. - Fernsprechnr. 6284 bis 6287. - Postzeitungsliste Seite 210. - Text 88,2% Ausschlag. Für Postvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontonr. 123 Magdeburg.

Nr. 238

Magdeburg, Dienstag den 11. Oktober 1927

38. Jahrgang

Wahlen in Hamburg

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft führten zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie, den selbst die rechtsstehende bürgerliche Presse bestätigen muß. Auffallend ist im Vergleich zu den letzten Bürgerschaftswahlen im Jahre 1924 eine viel stärkere Wahlbeteiligung. Am Sonntag wurden 647 402 gültige Stimmen gegen 534 326 Stimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl (Oktober 1924) abgegeben. Diese Steigerung der Wahlbeteiligung um 113 000 Stimmen kommt bis auf 37 000 Stimmen den Sozialdemokraten und Kommunisten zugute. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis haben erhalten:

	1927	1924	
Sozialdemokraten	247 087	173 158	+ 73 924
Kommunisten	110 115	78 522	+ 31 593
Demokraten	65 149	70 622	- 5 473
Deutsche Volkspartei	72 239	74 834	- 2 595
Zentrum	9 767	8 503	+ 1 264
Deutschnationale	98 547	90 692	+ 7 855
Nationalsozialisten	9 737	18 495	- 8 758
Wirtschaftspartei	27 055	6 687	+ 20 368
Aufwertungspartei	7 729	—	—

Gemäß den abgegebenen Stimmen werden sich die Mandate in der Bürgerschaft wie folgt verteilen:

	1927	1924	
Sozialdemokraten	63	53	+ 10
Kommunisten	28	24	+ 4
Demokraten	16	21	- 5
Zentrum	2	2	—
Deutsche Volkspartei	18	23	- 5
Deutschnationale	24	28	- 4
Nationalsozialisten	2	4	- 2
Wirtschaftspartei	6	2	+ 4
Aufwertungspartei	2	—	+ 2

Bisher regierte in Hamburg eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei, wozu in der Regel auch noch die zwei Zentrumsvertreter kamen. Diese Koalition hatte von 160 Sitzen der Bürgerschaft 99 inne. Demokraten und Deutsche Volkspartei haben nun zehn Sitze verloren, die aber von den Sozialdemokraten neu gewonnen wurden, so daß die Koalition als Ganzes ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist, wenn auch mit einer deutlichen Gewichtsverschiebung nach links.

Demokraten und Deutsche Volkspartei haben Verluste vor allem durch die Wirtschaftspartei und die Aufwertungspartei erlitten. Die Deutschnationalen haben durch ihre skrupellose Wahlpropaganda, die sich vor allem gegen die Deutsche Volkspartei richtete, einige tausend Stimmen gewonnen, sie konnten sie aber nicht in Mandate umsetzen, weil sie durch Listenverbindung mit Splitterparteien bei der letzten Wahl mehr Mandate erhalten hatten, als ihnen nach den eigenen Stimmen zukamen. Besser als bei den bisherigen Wahlen in anderen Orten haben die Nationalsozialisten abgeschnitten, die in Hamburg „nur“ ein Drittel ihrer Stimmen einbüßten. Die Gesamtverluste der Demokraten, Deutschen Volkspartei und Nationalsozialisten betragen 11 826 Stimmen, denen ein Gewinn

von 37 216 Stimmen gegenübersteht. Der Hauptanteil davon fällt auf die Wirtschaftspartei, die mit einem Gewinn von 20 368 Stimmen gut abgeschnitten hat. Bei den kommenden Wahlen wird auf diese „Partei der Programmlosen“ zu achten sein. Es wird auch versucht werden müssen, den Opfern der Inflation klarzumachen, daß Sonderparteien wie die Aufwertungspartei gar nichts für die Wilvernung des harten Loses der Inflationsgeschädigten zu tun vermögen.

Die stärkere Wahlbeteiligung ist den Sozialdemokraten und den Kommunisten zugute gekommen. Der sozialdemokratische Gewinn von 73 924 Stimmen ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag für die Regierungspolitik in Hamburg mitverantwortlich sind und sich die kommunistische Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat. Nicht ohne Erfolg, wie der kommunistische Gewinn von 31 593 Stimmen zeigt.

Insgesamt stehen sich in Hamburg nach dieser Wahl 357 000 sozialdemokratische und kommunistische und 289 000 bürgerliche Stimmen gegenüber.

Die „Partei der Nichtwähler“ umfaßt auch diesmal in Hamburg — trotz stärkerer Wahlbeteiligung — über 225 000 Stimmen.

Kommunisten gegen Reichsbanner

Hamburg, 10. Oktober. Der Wahltag ist leider nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Kommunisten, deren ganzer Wahlkampf auf die gemeinte Bekämpfung der Sozialdemokratie eingestellt war, gingen am Sonntag teilweise zu tätlichen Angriffen über. Wo sie sich in der Uebermacht glaubten, fielen sie über Propagandaautos und kleine Propagandatrupps her und rissen Fahnen und Plakate ab.

Im Stadtteil Warmbeck überfielen sie mehrere von einer Rundgebung heimkehrende Reichsbannerleute und schrien mit Messern auf sie ein. Dabei wurden drei Reichsbannerleute verletzt, und zwar einer so schwer, daß er sofort in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte. An einer andern Stelle der Stadt wurde ein Sozialdemokrat blutig geschlagen.

Wahlen in Königsberg

Königsberg, 10. Oktober. Die Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung verliefen trotz der gehässigen Agitation der Deutschnationalen und Volksparteiler gegen die Sozialdemokratie ohne jeden Zwischenfall.

Die Sozialdemokratie erhielt 26 852 Stimmen gegen 13 336 Stimmen bei der letzten Wahl im Mai 1924. Sie vermochte infolgedessen ihre Mandatsziffer von 6 auf 15 zu steigern. Auch die Kommunisten haben einen geringen Stimmengewinn zu verzeichnen. Sie erhalten statt bisher 12 nunmehr 15 Mandate.

Die Deutsche Volkspartei gewann 3 Sitze, während die Deutschnationalen gerade ihren Beststand halten konnten. Schwere Verluste erlitten die Völkischen und Mieterpartei. Demokraten und Zentrum hielten ihre Stimmen.

Die Spannung auf dem Balkan

Kampf mit den mazedonischen Attentätern

Belgrad, 10. Oktober. Der jugoslawischen Polizei ist es — einer amtlichen Meldung zufolge — gelungen, die Wörder des Generals Kobotitschewitsch zu stellen.

Es kam dabei zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf zwei von den gestellten Attentätern getötet wurden, während der dritte festgenommen werden konnte. Von den getöteten Attentätern ist der eine Bulgare; der andre stammt aus der südslawischen Stadt Stip; der festgenommene Attentäter ist ebenfalls Bulgare. Er hat bereitgestellt, das Attentat mit den beiden getöteten Komplizen begangen zu haben.

Die hier erscheinenden Sonntagblätter betonen, daß für heute oder morgen ein Schritt der Großmächte in Belgrad und Sofia erwartet wird. Sowohl England als auch Frankreich wollen versuchen, die Krisenstimmung zu beseitigen.

Seine Note?

Sofia, 9. Oktober. Die Gerüchte, daß die südslawische Regierung in Sofia eine befristete Note wegen der Grenzzwischenfälle überreichen ließ, werden halb offiziell in Abrede gestellt.

Es wird hinzugefügt, daß die Besprechungen des bulgarischen Außenministers mit dem südslawischen Gesandten in freundschaftlichem Tone geführt worden sind. Die bulgarische Regierungspresse äußert sich zu den Zwischenfällen zurückhaltend; sie bringt jedoch einmütig ihr Bedauern über die Ermordung des Generals zum Ausdruck und betont gleichzeitig, daß Bulgarien an diesen Vorfällen keinerlei Schuld trage. Infolgedessen müßten die unbegründeten strengen Grenzmaßnahmen der südslawischen Regierung sehr verwundern. Sie seien ungeeignet, die gegenseitige Verständigung zu fördern. „Mehr Ruhe und Selbstbeherrschung“ — so erklärt das Blatt Zankoff — „wären dem Balkanfrieden dienlicher“. Die Regierungspresse weiß zu berichten, daß Bulgarien gegenüber den angekündigten südslawischen Grenzmaßnahmen nicht passiv zu bleiben gedenke und sie entsprechend beantworten werde.

Ein entschiedenes Vorgehen der bulgarischen Regierung gegen die mazedonische Organisation ist ausgeschlossen, weil dadurch schwere innenpolitische Konflikte heraufbeschworen würden.

Am Sonntag mittag veranstalteten die mazedonischen Verbände in Sofia vor dem Hotel, in dem der hier tagende Balkanbundeskongreß seine Sitzungen abhält, eine Demonstration unter der Parole „Mazedonien den Mazedoniern“ und „Freiheit oder Tod“.

Calles Herr der Lage

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zu den Ereignissen in Mexiko:

Die Energie, mit der die mexikanische Regierung Calles den Militärputsch einzelner Generale niedergeworfen hat, ist bewundernswert. Calles stützt sich, ebenso wie sein voraussichtlicher Nachfolger Obregon, vor allem auf das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Er hat alle Mächte gegen sich, die offen oder versteckt den Kampf gegen eine soziale und fortschrittliche Demokratie aus selbstsüchtigen Gründen oder aus fanatischer Unwissenheit führen. Die Großgrundbesitzer haben sich mit der katholischen Kirche und mit Kreisen des amerikanischen Petroleumkapitals verbündet. Sie alle fühlen sich als Leidtragende des gegenwärtigen fortschrittlichen Regimes.

Tatsächlich können weder die einen noch die andern wie bisher die reichen Bodenschätze Mexikos uneingeschränkt ausbeuten. Sie wenden deshalb alle Mittel an, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen; selbst vor den schlimmsten Gewalttaten scheuen sie nicht zurück. Das zeigt unter anderem auch der grauenhafte Anschlag, der im letzten Frühjahr bei Guadalupe von einer Räuberbande unter Führung einiger fanatischer Priester auf einen Expresszug verübt wurde und mehr als hundert Frauen und Kindern das Leben kostete.

Der neuerdings ausgebrochene und inzwischen niedergeworfene Militärputsch ist nur ein weiteres Glied in der Kette der Gewalttaten, mit denen die Interessenten des mexikanischen Kapitalismus die arbeiterfreundliche Regierung zu stürzen bemüht sind. In der festen und ruhigen Haltung der Regierung Calles sind alle diese Versuche gescheitert.

Der Aufstand konnte nur so schnell niedergeworfen werden, weil die Regierung Calles radikal durchgreift und sich, als es nicht anders ging, zur Abwehr der gleichen Mittel bediente, wie sie von den Aufständischen angewandt wurden. Das hatte zur Folge, daß ein Teil der verhafteten Führer des Militärputsches hingerichtet wurde. Allein das grauenhafte Verbrechen von Guadalupe beweist, daß das kulturelle Niveau jener Schichten, die sich von den Gegnern der Regierung als Werkzeug gebrauchen lassen, ein so erschreckend tiefes ist, daß man die Gegenaktion von Calles unmöglich mit westeuropäischen Kulturmaßstäben messen darf. Wir lehnen es deshalb trotz unsrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe ab, die Maßnahmen der mexikanischen Regierung auch nur im geringsten zu beurteilen.

Das Vermögen der Rebellen beschlagnahmt

Mexiko, 10. Oktober. Die Regierung beherrscht die Situation vollkommen. Nur in Veracruz behauptet sich bisher noch ein Teil der Rebellen, der aber seit Sonnabend ebenfalls im Rückzug begriffen ist und jeden Kampf vermeidet.

Der entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Meldungen nicht erschossene und an der Spitze der Aufständischen stehende General Gomez beabsichtigt, nachdem er die Ausschichtslosigkeit seines Unternehmens eingesehen hat, zu verhandeln. Sie hoffen, noch im Laufe des heutigen Tages die maßgebenden Rebellen verhaften zu können. Ein großer Teil von ihnen ist inzwischen in das Lager der Regierung zurückgeführt. Die Mehrzahl dieser zurückgeführten Offiziere behauptet, irreführt worden zu sein. Die Regierung hat am Sonnabend eine Verordnung veröffentlicht, die das Vermögen aller Rebellen als dem Staate verfallen erklärt. (In Deutschland bekommt sie noch Person vom bekämpften Staate. D. Red. d. „V.“) Im übrigen sind bisher acht Generale erschossen worden. Es trifft zu, daß sich darunter auch der Bruder des ehemaligen Präsidents Cuertia befindet. Er spielte im Lager der Rebellen eine große Rolle.

Der Zugverkehr Mexikos ist in bester Ordnung. Auch mit Veracruz ist am Sonnabend die Verbindung wieder aufgenommen worden.

Vor Rakowkis Abberufung?

Der französische Ministerrat hat sich am Sonnabend sehr ausführlich mit dem Falle Rakowki befaßt. Im Anschluß an die Sitzung wurden die gesamten Dokumente des offiziellen Meinungsaustausches zwischen Paris und Moskau veröffentlicht.

Das erste dieser Dokumente ist eine Verbalnote, die der französische Botschafter in Moskau am 1. Oktober dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, übergeben hat. In dieser Verbalnote wird der tags zuvor von dem Pariser Ministerrat gefaßte Beschluß, daß die Anwesenheit Rakowkis auf seinem Pariser Posten unerwünscht sei, kommentiert und erklärt, daß die französische Regierung im Interesse der künftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Rußland die Abberufung Rakowkis für wünschenswert ansehe.

b. b. Ranke, der krank zu Bett lag, um ihm mitzuteilen, daß er sich nun mit der Aufstellung der Kompanien beileben sollte. Zufällig war auch der Schwager des Herrn v. Ranke, Herr v. Treskow, anwesend. Da die Kompanien auf Grund bereits früher herfertigter Listen aufgestellt werden sollten, so legte Herr Preuß Herr v. Treskow nahe, er möchte dafür sorgen, daß auch der Jungdeutsche Orden seine Liste zur Verfügung stelle. Herr Preuß muß auf Vorhalt des Vorsitzenden nach langem Hin und Her die Möglichkeit abgeben, daß er bei seiner Unterredung mit v. Treskow gesagt habe, er handle auf Wunsch und mit Einverständnis der Reichswehr. Auch bestreitet er nicht, daß auf jener Großgrundbesitzerversammlung von dem Gebrauch des § 48 durch den Reichspräsidenten und von innern Unruhen die Rede gewesen sei.

Herr v. b. Ranke, der offener eingesteht, daß er nie die Zeit gehabt habe, sich mit Politik zu befassen und einfach den Anordnungen Herrn Radices gefolgt sei, erklärt, daß auch er der Ansicht gewesen sei, daß das Reichswehrministerium mit der Aufstellung von Kompanien einverstanden sei.

In das richtige Licht wird der angebliche Vertrauensbruch des Herrn v. Treskow durch die Aussage des Generalleutnants a. D. Salzenberg gerückt. Er ist Ordenswanderswacht des Jungdeutschen Ordens. In Erfüllung dieser Obliegenheiten habe er gewissermaßen den Mittelsmann zwischen dem Jungdeutschen Orden und dem Reichswehrministerium gespielt. Er besuchte allwöchentlich das Ministerium, um seine Absichten kennenzulernen. Da es ihm bekannt gewesen sei, daß im Lande immer wieder Leute behaupteten, im Auftrage des Reichswehrministeriums zu handeln, ohne in Wirklichkeit von diesem beauftragt zu sein, so hielt er es für seine Pflicht, das Reichswehrministerium von der Mitteilung v. Treskows in Kenntnis zu setzen.

Das Gericht verurteilte den Major a. D. Radice zu 500 Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es: Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß die Behauptungen des Angeklagten nicht erweislich wahr sind, da in dem Verhalten des Herrn v. Treskow weder ein Vertrauensbruch noch eine Schädigung der Landesverteidigung liegt. Von einem Vertrauensbruch kann schon deshalb keine Rede sein, weil durch die Zeugen befundet worden ist, daß die Aufstellung der Formationen durchaus kein Geheimnis im engen Kreise, sondern daß diese Absicht ziemlich offenkundig gewesen wäre. Noch viel weniger aber kann von einer Schädigung der Landesverteidigung die Rede sein. Die Weitergabe der Nachricht an die höchste Leitung des Jungdeutschen Ordens und von dort an die Reichsregierung kann nie und nimmer eine Schädigung der deutschen Landesinteressen bedeuten. Die von dem Beklagten behaupteten Tatsachen sind also nicht erweislich wahr.

Es ergab sich aus der Verhandlung vielmehr das Bild, daß der Angeklagte und die ihm nahestehenden Kreise einen Prügelnahen gesucht haben, dem die Verantwortung für die später erfolgten Presseveröffentlichungen aufgebürdet werden sollte. Der Beweis, daß Herr v. Treskow an diesen Presseveröffentlichungen irgendwie mitgewirkt, oder daß seine Mitteilungen über die Absichten der Aufstellung von Formationen an Herrn von Salzenberg in einem kausalen Zusammenhang zu den Presseveröffentlichungen stehen, ist nicht erbracht. Es sollte, das war das Bestreben des Angeklagten, einem angesehenen Mitglied des Kreises das Genick gebrochen werden. Er sollte in den Augen der Öffentlichkeit und in der Achtung der Volksgenossen herabgewürdigt werden. Nach den Wirkungen, die diese Tat für den Kläger in gesellschaftlicher und finanzieller Beziehung hatte, war die Strafe schwer zu bemessen.

Reichskanzler Marx hat öffentlich behauptet, daß v. Treskow habe einen „groben Vertrauensbruch“ begangen und deshalb sei Herr v. Reubell kein Vorwurf zu machen, wenn er an dem Votivbeschluss mitgewirkt habe. Nun stellt ein Gericht fest, daß sich die Herren von Reubell mit Plänen befaßten, die auf Schoberat hinausliefen. Weil über v. Treskow dem Reichswehrministerium Mitteilungen darüber zugehen, ist er in Acht und Bann getan worden. Und der Reichskanzler findet das ganz in Ordnung. Eine seltsame Untersuchung, die der Herr Reichskanzler gegen seinen Innenminister geführt hat. Herr Marx fand nichts dabei, daß v. Reubell als Landrat den Rapp-Kaufsch machte, er fand nichts dabei, daß Reubell einen Standesgenossen in Votiv erklärte, weil dieser Staatsstreichpläne nicht blindlings

vom Meckler, von der Saale und von sonstigen deutschen Gauen, ganz meißterhaft und ohne jede Bedanterie. Frisch und leicht, wie vom Wind aufs Papier geweht und doch voller Säfte, voller Lüne und Düfte. Mag sein, daß wir ein ganz besonderes Faible für diese Art haben, aber dieser Liebenswürdigkeit des Vortrags, dieser heitern Anteiligkeit der Künstlerstimme kann sich kein Mensch entziehen, auch — und das scheint uns sehr wesentlich für Satz' Kunst — auch nicht, der von Malerei als ästhetischer und technischer Disziplin nichts versteht. In diesen Blättern erklingt die Sprache eines Wissenden, aber in bionhischer Naturliebe nach gebliebenen Temperaments. Auch die Gefahr der Manier liegt weiter ab von Satz als man fürchtete: er ist immer frisch, immer innerlich ganz aufgeschlossen, immer überzeugend von seiner Art zu sehen, die die unsre und wahrscheinlich auch die aller unbegreiflichen Naturen ist. Dabei ist diese Sprache nie banal, nie konventionell; aber sie ist ungeschraubt, klar und in einem feinen Sinne naiv. — Die Wasserfarbe ist spröder als Öl, und doch: was holt Satz für malerische Effekte aus dem Material, wie weiß er Spiegelbilder des Wassers mit all dem Geheimnis des Unwirklichen zu verdeutlichen, wie bringt er seine Wässer zum Fließen und Leuchten. Dabei schaltet er technisch oft recht unbekannt: die Farbe wird mitunter nur als Negativum, als Kontrast zum ausgeparten Weiß des Papiers verwendet. Und nie wirkt das flüchtig, immer überzeugend. —

Eine sehr interessante und erfreuliche Ausstellung. Ein Künstler, der die biologische Einfachheit mit alchemistischem Erstaunen sucht, und einer, der sie hat und sie mit aller Wärme seines frohen Gemüts und mit allen Mitteln seiner virtuosen Technik kultiviert und schmückt. Ein fesselnder Beitrag zum Problem der unproblematischen Künstlererschaft.

„Suppla — wir leben!“ in veränderter Form. Und zwar mit einem neuen Schlusse. Zum erstenmal wurde die Neufassung des Toller'schen Stücks am Freitag im Leipziger Stadtischen Schauspielhaus vorgeführt, ohne Film und nur auf das Wort gestellt. Thomas, der Revolutionär und seine Tor in der Welt der Loren, erhängt sich nicht, sondern findet, nach der Strengsinnigen, neuen Lebensmut und anerkennt die Notwendigkeit zur Tot-allein-Arbeit. Dieser Schluß ist ebenso gut oder ebenso ungut, ebenso möglich oder ebenso unmöglich, wie der Piscatorische — schließlich ist das Stück doch eine Zeitreise und eine Rede hat keinen Schluß. Um Theater zu machen, ist Toller nicht Theatermacher genug: er ist reiflos ephemer. Der Bombenerfolg, den das Stück in Leipzig hatte, beweist seinen Wert. Es vermochte ein Publikum mitzureißen und anzurufen, das sonst recht gleichgültig und unbegreifend ist. Besondere Darstellerleistungen hatten Mirjam Weismann-Haupt, Edward Siebel, Stanislaw. Toller und sein Stück wurden sehr gefeiert. —

Rich Gottgetren.

unterstützte, Herr Marx erklärte es für groben Vertrauensbruch, weil Treskow von den Plänen der Reichsregierung Mitteilung machen ließ — wir finden es nach diesen Leistungen sehr bedenklich, daß Herr Marx noch Reichskanzler ist! —

Tagung der Friedensgesellschaft

Die Deutsche Friedensgesellschaft hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 8. und 9. Oktober in Erfurt ab. Am Vorabend fand eine Begrüßungsversammlung statt, an der Oberpräsident Waentig teilnahm. Er bezeichnete es als ein erfreuliches Vorzeichen für die Uebernahme des neuen Amtes, daß die Begrüßung der Friedensgesellschaft, deren Zielen er nach seiner politischen Einstellung nahestehe, die erste Gelegenheit sei, bei der er als Oberpräsident auftrat.

Regierungspräsident Niedemann nahm diesen Gedanken auf, indem er in seiner Begrüßungsrede dem Oberpräsidenten zurief: „Friede sei Ihr erst Gelächte, Herr Oberpräsident!“

Am Sonnabend hielt zunächst Paul Levi (Soz.) einen Vortrag über Landes- und Kriegsberrat im neuen Strafrecht; er wies in scharf zugespitzter Beweisführung, die aber immer durch Beispiele aus der bisherigen Praxis belegt wurde, die ungeheuren Gefahren nach, die der neue Strafrechtswurf auf diesem Gebiet mit sich bringt.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand, in Verbindung mit dem Referenten geeignete Schritte gegen diesen Entwurf zu tun.

Nachmittags sprachen Frau Dr. Stöder und Dr. Wehberg über „Deutschland, Rußland und der Weltfrieden“, Frau Stöder als Freundin des neuen Rußlands, Wehberg vom Standpunkt des Völkerrichtslehrens.

Am Abend sprachen in einer überfüllten öffentlichen Kundgebung Dr. Bretschneider, der Demokrat Heile, in Vertretung des Zentrumsabgeordneten Krohne ein Erfurter Parteigenosse Krohnes, der dessen Manuskript vorlas, und General v. Schönau über das Thema „Deutschland als Friedensmacht im Völkerrund“. Bei den innern Auseinandersetzungen stand die Meinungsverschiedenheit zwischen dem bisherigen Präsidium und dem westdeutschen Landesverband im Mittelpunkt. Es wurde ein Kompromiß gefunden, das es dem bisherigen Vorsitzenden, Dr. Quibbe, ermöglichte, im Amte zu bleiben. H. v. Gerlach leitete eine Wiederwahl ab. Von den Westdeutschen wurde Küster (Soz.) in das Präsidium gewählt.

Im übrigen ergab die Wahl im wesentlichen Wiederwahl der bisherigen Präsidiumsmitglieder. Nur Dr. Kurt Siller wurde nicht wieder gewählt. Eine Feier, in der Fritz v. Unruh's „Heinrich von Arnheim“ aufgeführt wurde, beschloß die Tagung. —

Diese Mexikaner!

Der aufständische General Serrano wurde in Regilo kurzerhand standrechtlich erschossen.



v. Löffwitz: „Unzufriedenes Volk, diese Mexikaner! Da erschließen sie einen meuternden General, ohne sich um seine Pensionsansprüche zu kümmern!“

Kongress der englischen Arbeiterpartei

Der vierte Verhandlungstag der Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Blackpool wurde mit einer von der Exekutive der Arbeiterpartei eingebrachten Entschließung zur

Außenpolitik

eingeleitet. Die Resolution erklärt sich eingangs für das Genfer Protokoll, verweist auf die Gefahren, die sich möglicherweise aus Sonderabmachungen zwischen Einzelstaaten ergeben und fordert, daß der Völkerrund sich in Zukunft weigern möge, Verträge im Völkerrundsbureau zu protokollieren, die mit dem Völkerrundstatut im Widerspruch stehen.

Die Entschließung erklärt ferner, daß die Weigerung der britischen Regierung, einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen und die sogenannte fakultative Haager Klausel zu unterzeichnen, einer Friedenspolitik widerspreche; die Entschließung mißbilligt die Haltung der britischen Regierung auf der Vorberreitenden Entwaffnungskonferenz und weist darauf hin, daß das Mißlingen der Seeabrüstungskonferenz die Notwendigkeit des Abschlusses von vorhergehenden Abkommen für die Beilegung von Streitigkeiten bewiesen habe. Diese Seeabrüstungskonferenz habe gezeigt, daß Großbritannien und den Vereinigten Staaten mehr an einer Beherrschung der See im Kriegsfall als an der Abrüstung gelegen sei.

Dieser Abschnitt der Resolution schließt mit einer Forderung zur Aufnahme neuer Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Die Entschließung fordert hierauf die Ratifikation der Konvention über den

Waffenhandel

und die Fertigstellung eines Abkommens über die Munitionserzeugung.

Den englisch-russischen Beziehungen sich zuwenden, verurteilt die Entschließung das Verhalten der konserverativen Regierung gegenüber

Rußland

und gelobt, normale politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Basis der gegenwärtigen Stimmung wiederherzustellen. Zu den englisch-chinesischen Beziehungen erklärt die Resolution, die fortlaufende Unsicherheit der

Chinesischen Verhältnisse

dürfte England nicht daran hindern, das Vertrauen der chinesischen Nationalbewegung durch die Einhaltung striktester Neutralität im Bürgerkrieg zu gewinnen. Die Landung britischer Truppen wird als unnötige Aufreizung beflagt. Die Resolution schließt mit einer Sympathie-Erklärung an die Adresse der chinesischen Arbeiter.

Der Eisenbahnführer Cramp, der im Namen der Exekutive diese Resolution begründete, betonte, daß alle innern und sozialpolitischen Maßnahmen unwirksam sein müssen, falls keine im Sinne dieser Resolution gestaltete Außenpolitik von Großbritannien betrieben werde. Im Gegensatz zur Arbeiterregierung, der es während ihrer kurzen Regierungszeit gelungen sei, eine neue internationale Atmosphäre zu schaffen, sei es den jetzt herrschenden Klassen nicht möglich geworden, einen sichern Frieden herbeizuführen. Cramp polemisierte gegen eine von radikaler Seite eingebrachte Gegenresolution, die eine neue

Arbeiterdelegation

nach Rußland fordert; es habe bereits genug und übergenug solcher Delegationen gegeben.

Hierauf kamen drei kommunistische Gewerkschaftsdelegierte zu Wort, die sich gegen die Resolution der Exekutive wandten und insbesondere das darin enthaltene Bekenntnis zum Genfer Protokoll angegriffen.

In seiner Antwort an Pollit stellte Macdonald fest, daß das Genfer Protokoll oder eine ähnliche Konvention eine notwendige

Voraussetzung für jede Revision des Versailler Vertrags

hätten müsse. Bei dieser Gelegenheit stellte Macdonald unter gespanntester Aufmerksamkeit des Kongresses fest, seine Erfahrungen in Genf hätten ihn gelehrt, daß man in Genf — sobald man nur das Wort Revision von Versailles erwähne — die Geister der Toten durch die Konferenzhalle gleiten sehen und das Donnern der Kanonen hören könne.

Nachdem die radikale Gegenresolution verworfen worden war, nahm die Konferenz die Resolution der Exekutive zur Außenpolitik mit überwältigender Mehrheit an.

Die Konferenz trat hierauf in die Diskussion finanzieller Probleme ein und nahm die Vorschläge der Exekutive an, die eine Zusatzsteuer von 2 Schilling pro Kopf auf Einkommen über 10 000 Mark fordert. Der Kongress nahm dann die Wiederwahl des Parteivorstandes vor: Die neu gewählte Exekutive weist weitgehende persönliche Veränderungen gegenüber dem alten Parteivorstand auf. Den Änderungen kommt jedoch keinerlei politische Bedeutung zu.

Macdonald, der von nicht weniger als 62 Organisationen als Schatzmeister der Partei vorgeschlagen worden war, wurde, ohne daß ein Gegenkandidat aufgestellt worden war, wiedergewählt. —

Der letzte Sitzungstag

Der letzte Sitzungstag der Konferenz am Freitag wurde mit einer von A. Fenner, Brodway im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei eingebrachten Resolution eröffnet. Die Resolution fordert die Exekutive der Arbeiterpartei auf, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die Arbeitervereinigung aller internationalen politischen Arbeiterorganisationen auf dem Wege einer Konferenz der sozialistischen Internationale, der kommunistischen Internationale und der keiner der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien herbeizuführen. In seiner Rede gab Brodway zu, daß eine Einigkeit unmöglich sei, solange die Moskauer Internationale keine Änderung ihrer Taktik vornehme. Er glaube jedoch, Zeichen einer solchen Sinnesänderung der dritten Internationale beobachten zu können.

Die Resolution der Unabhängigen Arbeiterpartei wurde von einem Delegierten der Bergarbeiter unterstützt.

Im Namen der Exekutive wandte sich der Eisenbahnerführer Cramp gegen die Entschließung.

In der folgenden Abstimmung stellte sich die Mehrheit der Konferenz auf den Standpunkt der Exekutive und verwarf die Entschließung Brodways mit 1 381 000 Stimmen gegen die immerhin bemerkenswert große Minderheit von 1 071 000 Stimmen.

Dem Vorstoß der Partei im kommenden Jahre wird der Abgeordnete Lansbury übernehmen. —

Notizen

Friederich's Antrag verworfen. Dem Oberstaatsanwalt Doktor Friederich ist am Sonnabend morgen die Verwerfung des Wiederholungsbefehrs von der Strafkammer Weimar zugestimmt worden. Friederich's Antrag hat 12 Wochen bei der Strafkammer gelegen. Die Ablehnung ist summarisch und ohne jede Beweisaufnahme erfolgt. Friederich hat gegen die Entscheidung sofort Beschwerde erhoben. —

Reichsbannertag in Potsdam. Am Sonntag wurde in Potsdam unter Beteiligung von 8 000 uniformierten Reichsbannern ein republikanischer Tag veranstaltet. Die gewaltige Kundgebung machte in dem traditionell schwarzweißen Potsdam einen außerordentlich starken Eindruck. —

Doch eine Kreuzenanleihe. Die preussische Anleihe wird nunmehr in dieser Woche in Neuhork aufgelegt werden. Alle bisher dem Abschluß der Anleihe entgegenstehenden Schwierigkeiten sind behoben worden; die beteiligten amerikanischen Bankiers haben bereits in einem Aufruf zur Zeichnung der Anleihe aufgerufen. Wie falsch die Behauptung ist, die Anleihe gefährde die Zahlungsfähigkeit Preußens, geht daraus hervor, daß der gesamte Schuldendienst Preußens nur 21 Millionen, das ist 0,6 Prozent des Jahresbudgets, beträgt. —

Depeschen

Scheimnisvolle Explosion

Ab. Neuhork, 10. Oktober. Im italienischen Viertel in Neuhork, das an der Westseite der mittlern Stadt gelegen ist, wurde am Sonnabend durch eine Explosion ein Haus völlig in Trümmer gelegt. Fünf Personen, darunter zwei Kinder, fanden dabei den Tod. Zwölf Personen konnten, teilweise in schwerverletztem Zustand, geborgen werden.

Aus der Festigkeit der Detonation schloß man, daß es sich um einen Dynamitanschlag handelt, da die Explosion einer geheimen Desinfektionsanlage, an die man zuerst dachte, nicht die Gewalt hat, ein ganzes Haus zum Einsturz zu bringen.

Die Polizei kam zu der Annahme, daß verschlossene Räume des zerstörten Hauses zur Herstellung von Bomben benutzt wurden. Unter den Trümmern wurde eine Bombe gefunden, die genau jenen Bomben gleicht, die man im August zurzeit der Sacco-Banzetti-Kundgebungen in der Untergrundbahn entdeckt hat. Bei ihrer Vernehmung befragten Hausnachbarn, zwei junge Italiener hätten vor einem Monat ein Zimmer auf der Hinterseite des Hauses gemietet und pflegten oft mit geheimnisvollen Paketen zu kommen oder zu gehen. Offenbar hat einer von ihnen bei illegaler Bearbeitung von Sprengstoffen eine Angelegenheit begangen und dadurch die verhängnisvolle Explosion verursacht. —

Aus der Wirtschaft

Geheimnisse des Chemietrusts

Am Sonnabend fand im Seunawerk eine Ausschuss-Sitzung der F.-G.-Farbenindustrie statt. Ueber den Verlauf der Sitzung wird von der F.-G.-Farbenindustrie eine Verlautbarung verbreitet. Derselben entnehmen wir, daß der Geschäftsgang sich auf allen Gebieten recht günstig entwickelt und die Benzingerstellung sowie die Einföhrung von Benzin durch die Deutsche Gasolin-A.-G. sich befriedigend weiter entwickelt.

Sonst schweigt sich das Kommittee über alle wesentlichen Vorgänge und Erörterungen in der vertraulichen Sitzung im Seunawerk aus.

Man hat der Sitzung der F.-G.-Farbenindustrie mit lebhafter Spannung entgegengesehen. Einmal wünschte die Öffentlichkeit Aufklärung über die von dem Kartell eingegangenen Bindungen mit der englischen (Imperial Chemical) und der französischen Gruppe (Etalissement Kuhlmann). Diese Bindungen müssen Auswirkungen haben, die unser ganzes Wirtschaftsleben angehen.

Wesentlich steht es mit der Herstellung von künstlichem Benzin. Heute, wo künstliches Benzin bereits auf den Markt kommt, weiß man eigentlich nichts Bestimmtes über die Preispolitik der F.-G.-Farbenindustrie usw. Wenn man in den Messenwerken der F.-G.-Farbenindustrie künstliches Benzin produziert, ist das nicht nur Sache der Farbengewaltigen, sondern das Volk will wissen, welche Vorteile sich aus diesen chemisch-technischen Neuerungen für die Allgemeinheit ergeben.

Vorkriegs-Zementabjaß erreicht

Die deutsche Zementindustrie schätzt ihren Gesamtabsatz im laufenden Jahr auf rund 7 Millionen Tonnen. Damit ist der Vorkriegsabsatz erreicht.

Da die Preise heute bedeutend höher liegen als vor dem Krieg und die Zementindustrie ihre Betriebe stark technisiert hat, müssen die Gewinne sehr gestiegen sein. Das beweisen ja auch die von den Zementwerken verteilten Rekord-Dividenden. Trotzdem glaubt die Zementindustrie Gelegenheit nehmen zu müssen, sich über die auf Grund des abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrags entwickelnde Konkurrenz der französischen Werke in Südwestdeutschland zu beklagen.

Davon, daß die deutsche Industrie, selbst wenn die Reichsbahn die Zementfrachten nicht ermäßigt, gegenüber den französischen Werken nicht wehrbewerbsfähig ist, kann keine Rede sein. Allerdings wird sich die deutsche Zementindustrie, was wir mit Freuden begrüßen, wohl zu einer Preiserhöhung verstehen müssen. Sie hat bereits vor einiger Zeit eine kleine Preiserhöhung eintreten lassen, die aber ungenügend ist.

Prägt sich wirklich eine stärkere französische Konkurrenz in Südwestdeutschland aus, so kann man davon immerhin eine Reduzierung der überhöhten Zementpreise erwarten.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 5. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 139,8 gegen 139,9 in der Vormoche. Die Gesamtindexziffer war demnach gegenüber der Vormoche nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,4 Prozent nachgegeben. Gleichzeitig hat die Indexziffer für Kolonialwaren um 0,5 Prozent zugenommen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren weist den gleichen Stand wie in der Vormoche auf, während diejenige der industriellen Fertigerwaren um 0,3 Prozent gestiegen ist. Im Monatsdurchschnitt September ist die Großhandelsindexziffer von 137,9 auf 139,7 gestiegen.

Fortschreitende Besserung im Rheinland. Der Konjunkturbericht des Verbandes linksrheinischer Industrie- und Handelskammern weist auf die fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Lage auch im dritten Vierteljahr 1927 hin. Dem Wagonbau konnten durch Bestellungen der Reichsbahn umfangreiche Aufträge zugeführt werden. In Seide und Samt liegt das Geschäft nach wie vor gut. Eine Besserung der Lage zeigt

sich auch in der für das Kölner Gebiet bedeutenden Gummiindustrie. Die Durchführung des Arbeitszeitgesetzes ist ohne Schwierigkeiten vollzogen worden.

Landwirtschaftliche Dolanleihe. Das preussische Staatsministerium hat der Schlesischen landwirtschaftlichen Bank die Genehmigung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 6 Millionen Dollar erteilt. Die Anleihe ist nach 20 Jahren zurückzuzahlen. Die Zinsvergütung stellt sich auf 6 Prozent.

Drosselung der Zuderproduktion in Kuba. Der Gesandtschaftsbericht der Regierung über die Zuderproduktion vorliegt, und der von der Regierung besonders befürwortet wurde, ist, wie aus Havana gemeldet wird, vom kubanischen Kongreß und vom Senat angenommen worden. Die Regierung führte zu diesem Entwurf aus, daß es unbedingt notwendig war, die Produktion der kubanischen Zuderindustrie in geregelte Bahnen zu leiten, um auf diese Weise eine unbedingt notwendige Stabilität der dortigen Zuderindustrie herbeizuföhren.

Englands Kohlenhandel. Der englische Bergbau hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1927 rund 17 441 000 Tonnen Kohle ausgeführt. Gegenüber dem Jahre 1926 ergibt sich eine Steigerung von 1,5 Millionen Tonnen. Sie erscheint recht beträchtlich, wenn man die starken Exporthemmnisse, die der englische Kohlenhandel gerade nach dem englischen Streite zu überwinden hatte, berücksichtigt. Verglichen mit dem Jahre 1924 ist aber in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1927 keine wesentliche Steigerung eingetreten. Selbstverständlich bleibt die Ausfuhr 1927 hinter der Ziffer im Jahre 1923 zurück, wo England infolge der Ruhrbesetzung beliebig Kohle auf dem Weltmarkt absetzen konnte.

Gewerkschaftsbewegung

Kampfbeschlüsse in Berlin

Die Urabstimmung der Berliner Brauereiarbeiter hat eine große Mehrheit für die Weiterführung des Streikes ergeben. Von 5948 abgegebenen Stimmen lauteten 5598 Stimmen auf Streik.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Holzarbeiter liegt bisher noch nicht vor. Aber auch in der Berliner Holzindustrie dürfte mit einem Streike zu rechnen sein.

Im Lohnstreit der Berliner Kochknechte wurde am Sonnabend nach Verhandlungen vor einem vereinbarten Schiedsgericht ein Schiedspruch gefällt, der alsbald nach dem Bekanntwerden von den Funktionären als ungenügend abgelehnt wurde. Die letzte Entscheidung soll auch hier eine Urabstimmung herbeiföhren, die im Laufe des Montags vorgenommen wird.

Eine völkische Mustergewerkschaft

Das Bestreben der Völkischen, alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung nach zu nehmen, hat dazu geführt, daß sie auch Gewerkschaften ins Leben riefen. Wie es indessen bei diesen „Völkisch-Nationalen Gewerkschaften“ aussieht, zeigt uns ein Bild hinter den Kulissen der „Nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“.

Schon seit Anfang 1926 trieb es in dieser „nationalen“ Gewerkschaft. Für die Wirtschaft, die sich dort breit machen konnte, wird in erster Linie der inzwischen an die Luft getriebene Gewerkschaftsbeamte Württemer verantwortlich gemacht. Neben andern „Goldentaten“ hat er bei dem Buchdruckermeister Otto Friebe in Plattow ein Barbarleben in Höhe von 2735 Mark aufgenommen und Druckschuldchen im Betrag von 4669,25 Mark verurteilt. Bezahlt wurde nichts. Der Buchdruckermeister geriet in Konkurs und die Forderung auf den Gesamtbetrag von 7404,25 Mark wurde durch Beschluß des Gläubiger-Ausschusses an den Kaufmann Soße in Berlin abgetreten.

Die Eisenbahner wurden vielfach, wie das in Erlangen besonders der Fall war, zum Beitritt zu dieser nationalen Gewerkschaft von ihren Vorgesetzten im Dienste veranlaßt.

Nicht wenig erstaunt wären die Mitglieder, als ihnen Ende November vorigen Jahres durch den Rechtsanwalt Hans Knoke, Berlin, im Auftrag des Kaufmanns Eduard Soße mitgeteilt wurde, daß die nationale Gewerkschaft kein rechtsfähiger Verein ist und daß die Mitglieder für die gemachten Schulden gemeinsam als Gesamtschuldner haften.

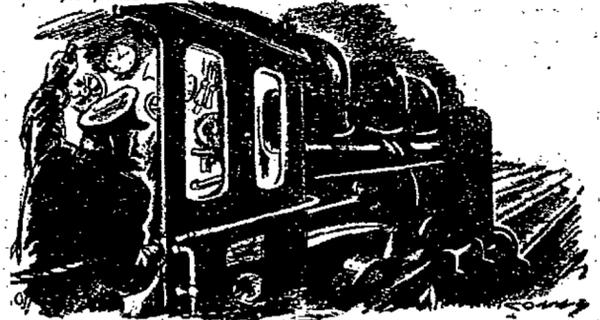
Die übrigen liehene Leitung dieses famosen Verbandes setzte nun alle Hebel in Bewegung, um den in allen Fugen krachenden Verband am Leben zu erhalten. Neben der Herausgebung der sozialen Leistungen auf 50 Prozent hat man sich am 11. Mai 1927 entschlossen, um flüssige Mittel herinzubekommen, eine Bank, die „Mittelstands- und Kreditbank“, zu gründen.

Man hoffte ferner eifrig die Lären „prominenter nationaler Persönlichkeiten und Organisationen“ ab, aber mit wenig Erfolg. Am 30. Juni fand sogar eine Sitzung des geschäftsführenden Hauptvorstandes mit den erwähnten Kreisen statt, in der nach einem später beschickten Mundschreiben zufolge zum Ausdruck kam, daß eine direkte Hilfe nicht möglich sei, daß aber von „interessierten nationalen Kreisen“ alles getan werden müßte, um einen finanziellen Zusammenbruch zu verhindern.

Die Schuld an der Schuldenlast, die inzwischen auf 23 000 Mark angewachsen ist und von denen bereits 8000 Mark (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Jede zweite Nacht von Berlin nach München.

Wenn einer, von Motorbooten dichtauf begleitet, in 9 Stunden von Dover nach Calais schwimmt, so wird er als gewaltiger Held gefeiert. Jedes Kind kennt seinen Namen, jeder Zeitungsläser sein Bild. Wer aber nennt jemals einen von den tausend Unbekannten, die Tag für Tag und Nacht für Nacht ihre unsichtbare Heldentat verrichten, ohne daß es ihnen irgendeiner besonders dankt! Wer kennt zum Beispiel den Lokomotivführer Heinrich Hübbe, der seit 24 Jahren jede zweite Nacht den grauen Schlafwagenzug Berlin—Halle—Nürnberg—München und zurück fährt? Er erzählte unserem Berichterstatter:



„Ich kann Ihnen sagen: ein Höllenrack ist da vorne auf der Maschine! Meine 120 Fahrgäste, die merken ja nichts davon. Die können schön ruhig schlafen. Die brauchen keine Angst zu haben; daß ihnen mit meinem Zug was passiert. Ich kenne meine Strecke so gut wie meinen Nachhauseweg vom Anhalter Güterbahnhof zu Nuttern, die morgens schon auf mich wartet. Mit'mer großen Ranne Kathreiners Matzkaffee auf dem Frühstückstisch. Ich trinke meine drei, vier Tassen und schlafe dann wie'n junger Gott bis nachmittags um dreie. Dann gehe ich in Zivil, mal mit Nuttern, mal allein spazieren, bis es abends wieder los geht.“

Ob ich auf Fahrt auch esse und trinke? Sechs dicke Butterbrote mit Leberwurst und meine Zweifelterkane Kathreiners Matzkaffee! Der schonert Herz und Nerven und tut wohl! Ob heiß oder kalt, mit oder ohne Zucker! Er schmeckt sehr, sehr gut und — 12 Tassen kosten nur 5 Pfennige. Also bitte!

Der falsche Prinz

Erinnerungen von Harry Domela.

Copyright by Malk-Verlag, Berlin

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie von fern Klang plöcklich die Stimme des jungen Barons an mein Ohr: „Baron!! Donnerwetter! Wir müssen ja nach Dahlen. Es ist allerhöchste Zeit! Es ist zehn Minuten vor halb fünf. Um fünf Uhr wollten Sie dort sein. Ros! Fini!“ — „Onkel, es ist juchendbar schade, daß wir dort nicht sein.“ Ich begriff sofort, warum der Junge drängte, und nickte ihm dankbar zu. „Ja, Herr Baron,“ begann ich, „Sie müssen schon verzeihen, wenn wir aufbrechen. Wir können unsere Partie ja morgen fortsetzen.“ Bedauert sah er mich an, war indes zu höflich, um zu widersprechen. Der Major erwachte wie aus einem Traume; das Monotel hing ihm schlaf im Auge.

Ich nahm die Geldscheine, mehrere hundert Mark, ordnete sie und steckte sie in die Tasche. Baron L. sah sie mit süßwärem Lächeln verschwinden. Wir verabredeten, in den nächsten Tagen wieder einmal zusammenzukommen. Dann verabschiedeten wir uns. „Leufel noch mal,“ jagte draußen der junge Baron laut lachend, „war einfach grandios! Was der für ein Gesicht machte, als wir auf einmal „das Ganze halt!“ bliesen! Einfach zum Durchschauen! Der pläzt heute noch vor Mut.“ Auch ich mußte hell aufschauen. „Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auch zur rechten Zeit aufsprakken; ich hätte sonst unsehbar wieder alles verloren.“ — „Doch was fangen wir mit dem heutigen Abend an?“ fragte der Baron. „Oper? Was meinen Sie dazu?“ Ich schlug ein. So waren wir am Abend noch in der Oper zusammen, in der „Fidelio“ gegeben wurde. Am nächsten Tage tritten wir durch einen klaren Spätherbstmorgen, quer durch den Tiergarten, dem Westen zu, unterhielten uns als Jungens von gleichem Alter höflich und verabschiedeten uns dann, da er weg mußte.

Prinz wider Willen.

Als ich ins Hotel zurückkam, erlebte ich, daß ich allgemein als königliche Hoheit angerebet wurde. Schon morgens, als ich noch in der Bettel lag, war mir passiert, daß plöcklich der Hotelbiener in mein Zimmer getreten war, um mir mein Zigarettenetui zurückzugeben. Es trug das Wappen der blauen Hufaren. Hinter mehrfachen Verbeugungen hatte er zu mir gesagt: „Königliche Hoheit werden doch nicht ohne Zigaretten auskommen können.“ Ich hatte meinen Anzug zum Fürsten herausgehängt gehabt und mein Etui darin gelassen. Ueber die Worte des Mannes ganz verblüfft, erwiderte ich: „Dummes Zeug! Königliche Hoheit sind wir mal gewesen!“ Als ich jetzt am Nachmittag in der Hotelhalle saß, kam ich aus der Verwunderung nicht heraus. Mitten unter diesen märkischen Junkern: überall Wäde der Erblichkeit und der Ehrfurcht.

Ich war wie benommen. Doch schmeichelte es mir, die Ehrerbietung meiner ganzen Umgebung auf mich zu ziehen. Nur eins beunruhigte mich: In welche Verlegenheit konnte ich hier geraten, wenn plöcklich jemand aufsprak, der den vorköniglichen Prinzen kannte! Jeden Augenblick konnte eine Aufklärung erfolgen. Befand ich mich doch in Berlin, mitten in der Welt des

Potsdamer Adels. Es war mir klar, daß ich nicht länger im „Gabsburger Hof“ bleiben konnte. Auf der andern Seite lockte es mich, meine Prinzenrolle nicht ohne Not wieder aufzugeben. Es war doch zu angenehm, ständig der Gegenstand höchster Achtungsbezeugung zu sein. Wie, wenn ich nach Erfurt zurückkehrte? Geld besah ich jetzt einigermaßen. Ich konnte meine Zeit unendlich verleben. Etwas mußte ich doch tun. Wie, wenn ich nunmehr die Rolle bewusst weiterspiele? Kurz entschlossen, bestellte ich mir eine Karte, um am nächsten Morgen mit dem Flugzeug nach Erfurt zurückzufahren.

Die Fahrt im Flugzeug war unbegreiflich schön. Unter uns lagen im Sonnenglanz die majestätisch zugeschnittenen Felder, Kartenblatt an Kartenblatt, eins ans andre gereiht: echt preussisch. Bald überflogen wir in geringer Höhe das gleißende Band der Elbe. Dann tauchten die Hügelwellen des Thüringer Landes auf, hügelhaft, hügelhaft, ganz weiß, von glatten Straßen durchzogen. Freundliche Dörferchen, an deren Rande die Viehherden vor unserm Flugzeug davonstoben. Dunkle Tannennälder, Wäde, Hügelchen, die sich durch die steilsten Wiesentäler schlängelten. Inunterbrochen lärmte dazu die Flugmaschine, so daß eine Unterhaltung unmöglich war. — Weimar in Fernsicht, zwischen zwei Höhenzüge gebettet, vom Herbstglanz überglänzt. Erfurt! Erfurt! —

Als ich im Hotel angekommen, ist im Augenblick kein andres Zimmer als eins im vierten Stock frei. Notgedrungen mußte ich es nehmen. Es war geradezu miserabel. Unerträglich lief ein in der Wand eingebauter Ventilator. Ich konnte nicht schlafen. Ich verlangte beim Portier ein andres Zimmer. Er versprach mir nur, sein Bestes zu tun. Als ich abends in der Hotelhalle saß und mich langweilte, tritt der Hoteldirektor auf mich zu und begrüßt mich. Ich bitte ihn, Platz zu nehmen. Er dankt und rückt sich einen Klusfessel heran. Ich äußere meine Verwunderung darüber, daß die kleine Stadt Erfurt ein so großes Hotel besitze, das sich mit den elegantesten Hotels großer Städte messen könne. Darauf setzt er mir auseinander, daß Erfurt geographisch mitten im Herzen Deutschlands gelegen sei und daher hier viele Kongresse und Konferenzen stattfänden. Erst vor kurzem habe hier eine große Zusammenkunft sehr vieler prominenter Persönlichkeiten stattgefunden. „War es eine kommerzielle oder politische Tagung?“ fragte ich. „Nun, wie man es nimmt, in der Hauptsache wohl politisch. Der deutsche Katholikentag. Aber verzeihen, Herr Baron, würde es von mir aufdringlich sein, wenn ich Sie um die Ehre bitten würde, mit mir eine Flasche Wein zu trinken?“ Ich sah ihn erstaunt an. Da ich noch nicht zu Abend gegessen hatte, lehnte ich dankend ab. Er schien enttäuscht. Ich fuhr in unserem Gespräch fort: „Welche prominenten Persönlichkeiten waren denn hier? Geistliche, weltliche?“ — „In der Hauptsache nur die weltlichen, wie Mars, Wirth, Fürst Löwenthein, Stegertwald, Haslinde... und so weiter.“

Das goldene Buch.

Plöcklich sah ich ein Gedanke gekommen zu sein. „Die Herren haben sich alle in das „Goldene Buch“ des Hotels eingetragen. Falls es den Herrn Baron interessiert, würde ich mich freuen, es Herrn Baron zu zeigen.“ — „Zu liebenswürdig! Gewiß würde ich mir die Unterschriften gern einmal ansehen.“ Wir standen auf und er führte mich in das Privatkontor des Kommerzienrats. Während er aus einem Behälter ein großes, kostbar in

Leber eingebundenes Buch herbeholte, hat er mich, am Schreibtisch Platz zu nehmen. Mit einer gewissen Feierlichkeit legte er das Buch vor mir auf. Wir blätterten langsam ein Blatt nach dem andern um. Auf jedem stand ein Name. Es waren Namen von großem Range darunter, Namen von Fürsten und Finanzaristokraten, bekannten Politikern und hohen Militärs. Am Schluß kamen in langer Reihe die Prominenten unter den Führern des deutschen Katholizismus: Wirth, Fürst Löwenthein, auf der zuletzt beschriebenen Seite: „Mars, Reichskanzler.“

Der Direktor konnte jetzt eine gewisse Erregung nicht mehr verbergen. „Ja, Mars, der höchste Beamte des Deutschen Reiches, auf dieser Seite.“ Er schlug eine neue, noch unbeschriebene Seite auf. „Und hier, hier müßte sich eine der höchsten Persönlichkeiten eintragen, eine Persönlichkeit, die der hohen Stellung eines Reichskanzlers gleichkommt, ein Name, der einen noch volleren Klang hat.“ Er ergriff den Federhalter, trachtete ich ein und zeichnete ihn mir. „Wir haben dabei an den Herrn Baron gedacht. Falls Herr Baron die Güte haben würde?“ Ich hatte Mühe, meine Verblüffung zu verbergen. „Mars — Korff!“ sagte ich, „der Gegenstand ist doch wohl zu groß. Wie würde sich neben einem Reichskanzler Mars ein simpler Baron Korff ausnehmen!“ Der Direktor lächelte distret. „Wer könnte denn außer Eurer Kaiserlichen Hoheit sonst in Frage kommen?“ — „Wer, glauben Sie denn, daß ich bin...“ — „Oh, wir haben Eure Kaiserliche Hoheit sofort erkannt.“ — „Nun, wer bin ich denn?“ fragte ich und prompt antwortete er: „Seine Kaiserliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen, der älteste Sohn des Kronprinzen.“ Boshast sagte ich da zu ihm: „Sie haben wirklich einen außerordentlich scharfen Blick, Herr Direktor, das muß man Ihnen lassen.“ Ich nahm den Federhalter und trug fort und in einem Zuge den Namen ein: „Wilhelm, Prinz von Preußen.“ Dann setzte ich das Datum des Tages noch hinzu und gab ihm den Federhalter zurück. Ich ahnte bei der Handschrift mit Erfolg die des früheren Kaisers nach.

Dürfte ich nunmehr Eure Kaiserliche Hoheit bitten, zur Feier Eurer Kaiserlichen Hoheit Anwesenheit in unserm Hotel eine Flasche Wein mit mir zu trinken.“

„Gern, aber nach dem Abendessen. Doch noch eins: ich wünsche unerkannt zu bleiben, also bitte weiter: Baron Korff.“ Der Direktor verbeugte sich. „Ganz wie Eure Kaiserliche Hoheit befehlen. Ich bitte aber Eure Kaiserliche Hoheit, mir zu gestatten, falls niemand zugegen ist, Eure Kaiserliche Hoheit mit dem Eurer Kaiserlichen Hoheit automaten Titel anreden zu dürfen.“

„Gern, lieber Direktor, wenn es Ihnen Freude macht. Dann aber auch den richtigen Titel: Königliche Hoheit.“

„Sehr wohl, Königliche Hoheit. Dürfte ich nun im Namen unjers Hotels Eure Königliche Hoheit bei uns willkommen heißen. Ich gebe dem lebhaften Wunsch Ausdruck, daß es Eurer Königlichen Hoheit bei uns behagen möge. Wir werden uns Mühe geben, soviel als möglich dazu beizutragen.“

Ich danke Ihnen, Herr Direktor,“ unterbrach ich jetzt seinen Redefluß. „Wir können ja jetzt wieder hinnergehen.“ Mit einem tiefen Krachfuß rief er die Tür auf, und wir schritten hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

eingelagert und teilweise schon gepfändet wurden, wird dem Büttemeier zugesprochen, der nach der Ansicht seiner Freunde in jeder nationalen Gefinnung noch Ehrgefühl besitzt, und dem es gelungen ist, nicht nur die Mitglieder, sondern auch andere Kreise zu betrogen.

Vorübergehend mußte das Erscheinen der Verhandlung eingestellt werden, weil die Drucker wegen ihrer Forderungen einen Prozeß gegen die Gewerkschaft führte. Ob die „großzügige Finanzierungsaktion“, die man zur Abdeckung der Schulden eingeleitet hat, gelingt, bleibt abzuwarten; denn die Gläubiger, unter denen sich sogar auch Büttemeier befindet, der für die Zeit seiner Abwesenheit Gehalt verlangt, sind sehr ungeduldig geworden. Die Gläubiger sehen sich gezwungen, rücksichtslos gegen diese nationale Gewerkschaft vorzugehen und in eingeweihten Kreisen vernimmt man sogar, daß sie dabei ein noch heute unter den Mitgliedern dieser „nationalen“ Gewerkschaft befindlicher Kollege, den man als Intriganten bezeichnet und der den ersten Vorsitz der Gewerkschaft auf dem Verbandstag in Frankfurt a. d. O. erobert wollte, tatkräftig unterstützt.

So sieht es also in einer nationalen Gewerkschaft aus, die unter besonderer Betonung völkischer Grundzüge sich einbildete feste Gewerkschaften vernichten zu können. Mit nationalen Sprüchen kann man das so wenig wie mit Hilfe von Gewerkschaften nach dem Muster dieser „Gewerkschaft nationaler Sienbahner“.

Wahlsonntag zur Angestelltenversicherung

Die Wahlen der Vertrauens- und Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung sollen, wie aus einem gemeinsamen Kundentag des preussischen Wohlfahrts- und Armenministers hervorgeht, allgemein in der ersten Hälfte des November vollzogen werden. Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, die Wahlen nach Möglichkeit soweit nicht örtliche Verhältnisse eine Ausnahme bedingen, einheitlich im ganzen Reich am Sonntag den 18. November vorzunehmen zu lassen.

Die zeitliche Zusammendrängung der Wahlen erfolgt aus einem doppelten Grunde: Man will auf diese Weise das Interesse der Beteiligten an den Wahlen heben und die Durchführung der Wahlen nach Möglichkeit verbilligen. Die Zahl der für die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden zu wählenden Vertrauensmänner beträgt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde in der Regel 6; für jeden Vertrauensmann sind 2 Ersatzmänner zu wählen. Eine Herabsetzung der Zahl der Vertrauensmänner für kleinere Bezirke oder die Zusammenfassung mehrerer Bezirke unterer Verwaltungsbehörden zu einem Bezirk ist vorläufig nicht beabsichtigt.

Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits in der westfälischen Textilindustrie, die dieser Tage im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, haben keine Einigung gebracht. Die Unternehmer haben daraufhin Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für Westfalen beantragt. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Alljährlicher Gewerkschaftstongreß. Der diesjährige alljährliche Gewerkschaftstongreß findet in der Zeit vom 26. bis 28. November statt. Die Tagesordnung steht im Augenblick noch nicht fest.

Streikbeschluss der Essener Transportarbeiter. Die Essener Transportarbeiter haben in einer Massenversammlung beschlossen, die beiden vom Schlichter in Dortmund gefällten Schiedssprüche für die Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes abzulehnen und am Donnerstag in den Streik zu treten. Dem Beschluss der Essener Transportarbeiter dürften sich in den nächsten Tagen andere Städte des Ruhrgebiets anschließen.

Angenommener Lohnschiedsspruch. Die am Tarifvertrag für den niederösterreichischen Steinlohlenbergbau beteiligten freigewerkschaftlichen Organisationen haben den Lohnschiedsspruch angenommen, durch den die bisherigen Tarifschiedslohn und diejenige Gehaltsschiedslohn, die sich als reine Akkordlöhne darstellten, am 1. Oktober um 6 Prozent erhöht werden.

Kleine Chronik

Erdbeben in Wien

Am Sonnabend Abend wurde um 8.49 Uhr ganz Wien von einem heftigen Erdbeben durcheinandergeworfen. Es war so arg, daß viele Leute aus den Wohnungen liefen. In manchen Orten verließen die Leute aus Angst die Häuser und sammelten sich auf der Straße an. Mehr als eine halbe Stunde lang war der ganze Telephonverkehr gestört. In einzelnen Häusern wurden durch die Erschütterung auch Schäden angerichtet.

Das Erdbeben begann mit einem jähen Schütteln, das innerhalb weniger Sekunden so stark anwuchs, daß es bedrohlich anzuschauen war. Leute, die bei Tische saßen, wurden so heftig geschüttelt, daß sie fürchteten, vom Tische weggeschleudert zu werden. Es war ein so beunruhigendes und unheimliches Gefühl, daß viele glaubten, die Häuser würden einstürzen. Die Lampen begannen zu schwingen, es schien, als wollten sie verlöschen. Türen von Soffen sprangen auf, Bücher fielen von Soffen herab und stellenweise wurden auch Gegenstände herabgeschleudert. Schwere Gegenstände begannen herumzurollen.

Die heftigen Erschütterungen wackelten sich auch in den elektrischen Netzen so stark, daß stellenweise die Stromzufuhr gestört war und das elektrische Licht zeitweilig erlosch.

Mehrere Schornsteine an Wohnhäusern stürzten ein. In einem Haus wurde durch die herabstürzenden Dachziegel aber niemand verletzt.

In Deutschen Volkstheater in Wien brach eine Panik aus, nachdem die nur dadurch verhindert wurde, daß die Schauspieler weiterzuspielen, als sei nichts geschehen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen expedieren sich die Erdbeben über ganz Niederösterreich bis Steiermark und die benachbarten Länder. Sie scheinen am heftigsten in Niederösterreich gewesen zu sein.

Inschätzung des Schadens

Nach Mitteilung des Referenten der Erdbebenkommission ist der Umfang des Schadens des Erdbebens durch folgende Tabelle zu bezeichnen: in wärthlicher Richtung Prag, in südlicher Gung in Eisen-

markt, in westlicher St. Pölten und in östlicher Steinamanger. Der Herd des Bebens dürfte etwa 60 Kilometer von Wien entfernt am Steinfeld liegen. Das Beben war tektonischer Natur.

Am Herde des Bebens

Wb. Wien, 10. Oktober. Das Zentrum des Erdbebens vom Sonnabend hat namentlich in den Dörfern Schwadorf und Enzersdorf verheerende Wirkungen gehabt. In Schwadorf wurden etwa 90 Prozent der vorwiegend aus Fachwerk bestehenden Häuser beschädigt, davon einige so stark, daß sie abgetragen werden müssen.

Militär wurde für die dringendsten Sicherheitsarbeiten eingesetzt. Kirche, Gemeindehaus, Pfarrhof und das Schloß des kürzlich verstorbenen Fürsten Montenuovo, St. Margareth am Moos, zeigten besonders schwere Schäden.

Notwehr

Vor einem Berliner Schwurgericht hatte sich am Sonnabend der Gerüstarbeiter Friedrich Schulz wegen Mordanschlags zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor einiger Zeit seinen Stiefbruder Paul Rosenfeld erschossen. Rosenfeld genoss den denkbar schlechtesten Leumund und war als außergewöhnlich brutal weit und breit bekannt. Wegen verschiedener schwerer Vergehen war er bereits mehrfach im Zuchthaus. Während er seine letzte Strafe verbüßte, heiratete sein Bruder Max Rosenfeld ein Mädchen, mit dem er befreundet gewesen war. Als Paul Rosenfeld davon im Zuchthaus erfuhr, erklärte er Mitleidsgelangen gegenüber, sich dafür blutig rächen zu wollen.

Als er wieder entlassen war, nahmen sich seine Brüder zunächst seiner an. Es kam aber sehr bald zu Auseinandersetzungen, zumal er sich in die Ehe seines Bruders einzumischen suchte.

Am 6. August sollte in einer Laube, die Paul Rosenfeld bezogen hatte, eine Aussprache unter den Brüdern stattfinden, um, wenn möglich, eine Versöhnung zustande zu bringen. Schon am Tage zuvor hatte Paul zwei seiner Brüder schwer mißhandelt und auch jetzt ging er sofort mit Drohungen gegen die Brüder vor. Als Paul seinem Stiefbruder Friedrich mit einem gezückten Messer an die Kehle sprang, feuerte dieser mehrere Schüsse ab, durch die Paul Rosenfeld tödlich getroffen wurde.

Während der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis beantragte, erkannte das Gericht auf Freispruch, indem es dem Angeklagten Glauben schenkte, daß er in ausgesprochener Notwehr gehandelt habe.

Start verschoben

Berlin, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Lissabon gemeldet wird, ist der Start des deutschen Junkersflugzeugs nach Amerika nach verschoben worden, da über dem Ozean Nebel und starker Wind herrschte. Wann die Piloten aufsteigen werden, erscheint ungewiß.

Ritter mit zwei Kindern verschwunden

Seit Anfang Mai ist eine Berlinerin, Frau Gnedow, mit ihren beiden Kindern, einem 7- und einem 13jährigen Mädchen namens Berta und Annemarie, spurlos verschwunden. Die Mutter war zuletzt mit ihren Kindern in dem Orte Pöhlshoj bei Strassburg in der Uckermark zur Erholung. Alle Nachforschungen nach den drei Personen sind bisher erfolglos geblieben, obwohl die großen Waldungen der Gegend mit Polizeihunden abgesucht wurden. Die Polizei befürchtet, daß die Frau entweder ihre Kinder getötet und dann Selbstmord begangen hat, oder daß alle drei von einem Mörder, der in Strassburg mehrfach mit ihnen zusammentraf, ermordet worden sind.

Den Jagdgeführten erschossen

Als vier Jäger aus Glogau auf dem Anstand nach Wildschweinen waren, wuschelte einer von ihnen den Pfad entgegen der vorher getroffenen Abmachung. Ein Schütze hielt in der Dunkelheit den Jagdgeführten für ein Wildschwein und gab einen Schuß auf ihn ab, der den Landwirt George sofort tötete.

Zugelang neben der toten Mutter

In Kiedrich (Kreis Groß-Urchitz) wurden am Sonntag in ihrer Wohnung eine Frau Mann und ihr 13jähriges Kind tot aufgefunden. In der Wohnung, die nach den polizeilichen Feststellungen seit Dienstag verfallenen war, befanden sich außer den Toten zwei weitere Kinder. Der Ehemann ist in einer Irrenanstalt. Die Leichen wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Es wird Tod durch Vergiftung vermutet. In welchem Zustand sich die beiden andern Kinder befinden, wird nicht berichtet.

10 000 Mark Funderlohn

Durch einen eigenartigen Zufall ist die Frau des Klempnermeisters Nieß aus Birnbach (im früheren Posen, jetzt polnisch) zu einem Funderlohn von 10 000 Reichsmark gekommen; sie hat auf dem Wege vom Bahnhof Bierzebanau, wohin sie ihre Tochter begleitet hatte, dicht an der polnischen Grenze einen Unfall mit 25 000 Dollar Funderlohn erlitten, die von zwei Ausländern, die kurz zuvor die deutsche Pässe passiert hatten, verloren worden sind. Die Funderlöhne dieses respektablen Betrags kann die 10prozentige Belohnung sehr gut gebrauchen, da ihr Mann schon seit längerer Zeit erwerbslos ist.

Ein Elefant entwischt

In der Nacht zum Sonnabend wurden im Hauptgüterbahnhof Frankfurt a. M. zwei Wagen eines Sonderzugs des Zirkus Krenze über den Kesselhof hinausgeschoben, so daß sie den Abgang karamellierten. In den Wagen befanden sich Elefanten, die erst befreit werden konnten, nachdem die Wagen völlig auseinandergefallen waren. Dabei ist es aber in der Dunkelheit einem jungen Elefanten gelungen, zu entkommen und in einen nahegelegenen Wald zu verschwinden.

Die Südamerica-Expedition

Auf der Hünauer Schiffswerft ist am Sonntag mittag der kleine Kutter, mit dem Günter Pflanzow, der aus dem Krieg durch seine abenteuerliche Flucht bekanntgewordene „Flieger von Tsingian“, eine Expedition nach Südamerika unternehmen will, seiner Bestimmung übergeben worden. Nach glückwünschenden Worten auf Pflanzows als Vertreter des Hauses Müller (Berlin), das auch dieses Unternehmen Pflanzows finanziert, künfte das Schicksal des „Fliegers von Tsingian“ den Kutter auf den Namen „Fenerland“. Die Inszenierung über Portugal und Madagaskar nach Brasilien wird nach Erledigung der letzten Vorbereitungen demnächst erfolgen.

Drei Stieföhne ermordet

In dem polnischen Dorfe Smolin bei Demberg lebte dieser Tage der Knecht Jwan Bachor nach Verbüßung einer 10monatigen Strafe aus dem Gefängnis zurück. Vor 2 Jahren hatte er seinen Nachbarn getötet, weil sich dieser über seine Heirat lustig gemacht hatte.

Es war nachts, als er aus dem Gefängnis in sein Dorf zurückkehrte. Seine Wohnung war verschlossen und er brachte die Nacht auf dem Heuboden zu.

Gier traf er am Morgen mit zwei seiner Stieföhne zusammen. Ohne ein Wort zu sagen, stürzte er sich mit einem Messer auf die beiden jungen Leute und verwundete sie tödlich. Im Hofe begegnete er dann dem dritten Stiefsohn, auf den er gleichfalls zu sprang und ihn niederstach.

Mit dem blutigen Messer in der Hand trat er in das Haus. Gier traf er auf die Frau, die gerade ihr Kind nährte. Nur diesem Umstand hatte sie, wie der Mann ihr selbst erklärte, es zu verdanken, daß er nicht auch sie tötete.

Granate explodiert

Zwei mit Bohrarbeiten zur Sprengung eines früheren deutschen Unterstandes bei Berdingen (Belgien) beschäftigte Arbeiter fanden eine alte 15,5-Zentimeter-Granate. Bei dem Versuch, die Granate zu entleeren, explodierte das Geschöß. Die beiden Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, denen sie kurze Zeit darauf erlagen.

Feuersbrunst in Indien

Nach Meldungen aus Allahabad sind durch das Feuer in Rajasthan insgesamt 40 Personen ums Leben gekommen. Der niedergebrannte Stadtteil besteht fast ausschließlich aus Holzhäusern, so daß die Feuerwehr und das zugezogene Militär dem Element nahezu machtlos gegenüberstanden. Es scheint jedoch gelungen zu sein, nunmehr den Brand zu lokalisieren. Der angerichtete Schaden ist nur zum geringsten Teile durch Versicherung gedeckt.

Bücherschau

Die hier angeführten Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Rosmos-Kalender 1928. 64 teilweise farbige Bilder auf Kunstdruckpapier nach Photographien und Zeichnungen aus dem Gebiet der Naturwissenschaft. Herausgegeben von Rosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart. Preis 2,40 Mark. Alle Gebiete der Natur und ihrer Wissenschaft werden mit Geschmack und Gelehrigkeit dargestellt. Die Bilder sind mit Verständnis ausgewählt. Ihre Bedeutung wird noch durch einen kurzen, erklärenden Text besonders unterstrichen. So ist der Rosmos-Kalender ein schöner, lehrreicher und abwechslungsreicher Jahresbegleiter, der bei seiner besonderen Stellung in der Kalenderwelt zu seinem alten Freundesstamm mit Recht immer neue Liebhaber findet.

Im Fernstudium. Von Wilhelm Bölsche. Mit Abbildungen und einem farbigen Umschlagbild (Rosmos-Bänden). Stuttgart, Rosmos, Fränkische Verlagsgesellschaft. Gebunden 1,25 Mark, gebunden 2 Mark. Es ist ungenügend reizvoll, der auf die langjährigen Fortschritte des Spezialisten gestützten Darstellung Bölsches zu folgen, der hier wieder seine meisterhafte Kunst bewährt, indem er uns ein anschauliches, lebensvolles Bild einer vorgezeichneten Periode vorführt.

Was ist Magnetismus? Erklärungen eines Elektrons. Von Hanns Günther (W. de Haas). Mit einem Umschlagbild von W. Bland und 60 Bildern im Text nach Zeichnungen von G. Meyer. (Rosmos-Bänden). Stuttgart, Rosmos (Fränkische Verlagsgesellschaft). Gebunden 1,25 Mark, gebunden 2 Mark. Das Elektron, das in einem jüngeren Rosmos-Bändchen „Was ist Elektrizität“ uns in eine der geheimnisvollsten, oder jetzt am meisten gebrauchten Naturkräfte eingeführt hat, übernimmt es jetzt, das Wesen des Magnetismus zu erklären. Die äußeren Erscheinungen kennt ja jeder, und wenn auch schon vor mehr als hundert Jahren der Zusammenhang zwischen Magnetismus und Elektrizität erkannt wurde, so können wir uns doch erst jetzt ein einigermaßen klares Bild davon machen.

Freizeit. Von Dr. med. Rudolf Mendert. Band 19 aus der Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“ des Deutschen Hygiene-Museums. 69 Seiten Umfang. Mit 35 Photographien und 4 Zeichnungen. Preis 1,80 Mark. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G. m. b. H., Dresden-N. 1. Volkstischtag 93. Zeit ist kostbar, Kultur, Leben. Der Mensch von Kultur unterscheidet sich vom Kulturlosen dadurch, daß er Zeit hat, Zeit zum Nachdenken, Zeit für seine Mitmenschen, Zeit für sich, fürs Leben. Es geht dem Verfasser um die Befreiung eines neuen Lebens, einer neuen Kultur und um die Befreiung der Zeit (wenigstensmögliche Befreiung) und die Befreiung der Zeit, im besonderen beabsichtigt er sich mit der Freizeit der Jugend, weil sie in der Träger eines neuen Lebens ist.

Da tut es weh. Von Dr. med. Georg Kaufmann. Band 17/18 aus der Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“ des Deutschen Hygiene-Museums. 173 Seiten Umfang. 27 Abbildungen. Preis 3,50 Mark. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G. m. b. H., Dresden-N. 1. Das Buch mit dem Titel für die Volkswohlfahrt ist die Denk- und Betrachtungsweise des Arztes und für die große Vielgestaltigkeit der Zusammenhänge von Krankheitsursachen und deren Verläufe. Der Verfasser bezieht die große Zahl von Symptomenäußerungen der verschiedenen Körperorgane, das Herz-Kreislauf- und die Atemwege, Verdauungsstörungen und krankhafte Absonderungen, legt die Zusammenhänge von Gefäßkrankheiten, äußeren Ansätzen und Krankheiten, von Schindeln, Ohren- und Krämpfen dar, spricht über die Verärgernisse, von Magen- und Nieren-, Entzündungen, Schwellungen und Geschwülsen, über Mangelernährung und Fettsucht, über die Zeichen seelischer Störungen und Abwegigkeiten des Empfindungslebens. Auch diejenigen Lebenserscheinungen, die man in gefunden Tagen an sich beobachtet und die unter Umständen zu Krankheitszeichen werden können, finden Berücksichtigung. Der Schluß, das Nieren-, Schilddrüsen- und Frieren, Risiken und Jucken sind anschaulich erklärt.

Die Buchführung. Von Otto Sopp und Hans Essler. Verlag des Zentralverbandes der Angestellten. Die freie Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten hat noch keine Gelegenheit verpasst, ihren Mitgliedern gediegene und vielseitige Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Jetzt gibt der Verband eine Schriftenreihe „Der Kursum“ heraus, von der die erste Schrift vorliegt: „Die Buchführung“ von den Handelsfachlehrern Sopp und Essler dient zur Einführung in die Praxis der kaufmännischen Buchführungssysteme und Bilanz. Die leichte Verständlichkeit ermöglicht den Selbstunterricht in Buchführung an Hand dieses Büchleins. Die Schrift umfaßt 47 Seiten und wird, durch den Buchhandel bezogen, zum Preise von 1 Mark geliefert.

Soziologie und Sozialismus. Von Prof. Dr. Fritz Hartwig. 80 Seiten. Seinen gebunden 2 Mark, broschiert 1,50 Mark. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Das Büchlein ist eine Einführung in die Gesamtwelt der materialistischen Gesellschaftslehre. Der Verfasser ist in freientreffender bekannte Professor Hartwig, der die ökonomischen Triebkräfte auf die Basis der ideellen Faktoren des Geistes lenkt. Die Darstellung ist gemeinverständlich. Sechs Illustrationen beleben den Text. Sie veranschaulichen einerseits die drei großen soziologischen Epochen (Wildheit, Barbarei und Zivilisation) durch die Darstellung des Lebens der Höhlenbewohner, der Paläolithen und der ersten akerbaurenden Völker, andererseits die drei Formen der sozialen Verfassung (Sklaverei, Leibeigenschaft und Sozialismus) durch die Darstellung der Sklaverei im alten Ägypten, des Zunfthandwerks zur Zeit des Feudalismus und der Fabrikarbeit im gegenwärtigen Kapitalismus. Das Büchlein ist mit einem wohlgetroffenen Portrait von Karl Marx geschmückt. Das Lebenswerk und interessante Büchlein verdient allgemeine Beachtung. „Soziologie und Sozialismus“ als Zugausgabe der „Urania“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, ist im Verlag Jena erschienen.

Der Weg zur Splantheit. Von Sanitätsrat Dr. Max Wasth (Berlin). Verlag Dr. Georg Neesht, Berlin W 8, Kronenstr. 4/5. Preis 60 Pfennig. Probe und Gesundheitsfragen gleichzeitig Splantheit, nicht Mangel, die, übertrieben, ebenso krankhaft, leicht und ungesund ist wie Anorexie, wie übermäßige Fettsucht. Wie man solche Splantheit erlangt, wie man sie erhält, ohne dem Körper und der allgemeinen Gesundheit zu schaden, das wird in dem Büchlein anschaulich klar verständlich und leicht erlernbar gelehrt. Nur in Regelung der Diät und leichter Körpergymnastik besteht die Methode, die zum Ziele führt.

Heimatkalender für Stadt und Land Magdeburg 1928. Verlag August Popper, Burg (Bezirk Magdeburg). Preis 60 Pfennig. Der neue Jahrgang dieses bekannten Heimatbüchleins ist erschienen. Er enthält wieder wie seine Vorgänger zahlreiche heimliche Beiträge und Erzählungen, die größtenteils mit künstlerischen Zeichnungen geschmückt sind. Auch das Kalenderium weist wieder 6000 meist gausige, schöne Abbildungen aus untrer Heimat auf. Jeder dem anständigen Vergnügen der Märkte und Messen und dem Heimatkalender bringt der Kalender als Kalenderbeilage für die Marktschreier 15 Heimat-Preisblätter, für deren richtiges Lösen 100 Preise ausgesetzt sind.

Wahlrecht-Belastungen
Ansprüche der Wahlberechtigten
Ansprüche der Wahlberechtigten
Ansprüche der Wahlberechtigten

Wahlrecht-Belastungen
Ansprüche der Wahlberechtigten
Ansprüche der Wahlberechtigten
Ansprüche der Wahlberechtigten

BETTEN-INDUSTRIE
WILHELM CORNER
Ansprüche der Wahlberechtigten

Oskar Schülers
Trauermagazin
Große Marktstraße 3
(Altes Haus, Nähe Standesamt, Fernspr. 411)
Sorge für Erwachsene von 25 J. an
Überführungen per Auto

Kinderwagen
nur beste Fabrikate
Reservenauswahl
Reservenauswahl

Wilhelm Oehlmann
Tischlerbrücke 6/7 u. 31
Telephon 4771
Gegründet 1812

Wärmelampe
Haus für Licht
Wärmelampe
Wärmelampe

Wärmelampe
Haus für Licht
Wärmelampe
Wärmelampe

Milliardengeshenke den Hausbesitzern

Wie groß die Bedeutung der Hauszinssteuer ist, wird leicht unterschätzt. Das Aufkommen an Hauszinssteuer betrug im Rechnungsjahr 1925/26 nach der Reichsfinanzstatistik 1,26 Milliarden Mark. Davon dienten 674,5 Millionen Mark zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs von Ländern und Gemeinden und 586 Millionen zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit. Im Rechnungsjahr 1926/27 betrug das Aufkommen etwa 1,44 Milliarden, von denen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 751,85 Millionen und zur Förderung der Bautätigkeit 685,55 Millionen verwandt wurden. Im laufenden Jahre 1927/28 ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, und nach den jetzt geltenden Bestimmungen würde im Jahre 1928/29 das Aufkommen weiter ansteigen. Diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Hauszinssteuer

eine der wichtigsten Steuerquellen Deutschlands

ist. Sie zeigen weiter, daß der Wohnungsbau in stärkstem Umfang von der Höhe der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel abhängig ist. Nur die Steigerung der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel von 1925 zu 1926 um fast 100 Millionen Mark ermöglichte die Vermehrung der Wohnungen, während 1925 rund 190 000 Wohnungen neu geschaffen wurden, waren es 1926 rund 220 000. Die Hauszinssteuer ist also sowohl als Steuerquelle für Länder und Gemeinden wie als einziges wirksames Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot unentbehrlich.

Ist sie auch eine gerechte Steuer?

Der Hausbesitz ist die einzige große Wirtschaftsgruppe, deren Inflationsgewinn steuerlich mit Nachdruck erfaßt wird. Es ist ungerecht, daß die anderen Inflationsgewinnler nicht ebenfalls stärker herangezogen werden. Damit ist aber noch nicht gesagt, wie bedenkenlos Artikelstreiter gelegentlich annehmen, daß die Hauszinssteuer ungerecht sei. Sie ist der einzige Erfolg eines richtigen Gedankengangs, der zur allgemeinen Besteuerung des Inflationsgewinns logisch hätte führen müssen, aber nur teilweise in der Praxis durchgeführt werden konnte. Die Hauszinssteuer ist eine gerechte Inflationsgewinnsteuer, darum muß an ihr festgehalten werden.

Sie stellt auch keine übermäßig hohe Steuer dar; vielmehr sind die besteuerten Hausbesitzer durchaus in der Lage, die Hauszinssteuerlast aufzubringen. Seit dem Beginn der Hauszinssteuererhöhung im Jahre 1924 wurde die Miete vielfach erhöht mit dem ausdrücklichen Zweck, erhöhte Mittel aus der Hauszinssteuer für Länder- und Gemeindefinanzen und für den Wohnungsbau zu erhalten. Dabei wurde fast bei jedem Gesetzgebungsakt ein Teil der eintretenden Mieterhöhung auf dem einen oder andern mehr oder weniger krummen Wege den Hausbesitzern zugewandt.

Günstige Lage der Hausbesitzer

So ist es gekommen, daß heute die Lage des Hausbesitzers im großen Durchschnitt durchaus günstig ist. Dafür gibt es unzählige Anzeichen. Zunächst sind die Häuserpreise kräftig gestiegen. Dann aber zeigt gerade die erstarkende Propaganda gegen die Beibehaltung der Hauszinssteuer, die Tatsache, daß eine ganze Partei, die sogenannte Wirtschaftspartei, nur für den Kampf gegen die Hauszinssteuer geschaffen wurde, weiter die allgemein verbreitete Erscheinung, daß der Hausbesitz in der Lage war, trotz Hypothekenaufwertung und Hauszinssteuerlast in großem Umfang noch eine neue Verschuldung aufzunehmen und aus den Mieterträgen zu verzinsen, aufs deutlichste, daß dem Hausbesitz schon wieder große Mittel aus den Mieterträgen zur Verfügung stehen.

Man darf auch daraus schließen, daß unter dem Gesichtspunkte der Leistungsfähigkeit der Besteueren die Hauszinssteuer gerecht ist. Man muß weiter feststellen, daß es ein großer Beitrag an den Mietern, d. h. an der Masse des deutschen Volkes, wäre, die Hauszinssteuer zu ermäßigen; denn die Mieterhöhung der letzten Jahre diente ja nach dem Willen der gesetzgebenden Körperschaften der Steigerung des Hauszinssteueraufkommens und nicht der Vermehrung des Einkommens der Hausbesitzer. Verändert man nachträglich die Verteilung der Miete zugunsten des Hausbesitzes, so macht man sich eines Betrugsmandats schuldig, wenn man nicht gleichzeitig mindestens die diesjährige Mieterhöhung rückgängig macht.

Steuerpolitik als Wahlgeschäft

All diese Überlegungen spielen bei den Entscheidungen der Reichsregierung in der Hauszinssteuer keine Rolle; denn für sie kommt es nur darauf an, die Stimmen der Wirtschaftspartei für die Koalition zu sichern. Darum soll nach dem Willen der Reichsregierung die Hauszinssteuer gesenkt werden. Während das tatsächliche Aufkommen der Hauszinssteuer bei erheblich verbesserter Lage des Hausbesitzes im Vergleich zu allen Vorjahren nach der eignen Annahme der Reichsregierung und den jetzigen Sätzen der Hauszinssteuer, die in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden bemessen sind, sich auf 1 700 Millionen jährlich beläuft, will die Reichsregierung das Steueraufkommen auf 1 500 Millionen Mark senken. Tatsächlich aber fehlt ihren Vorwürfen jede zureichende Begründung dafür, daß es ihr wirklich möglich sein wird, mit den vorgeschlagenen Steuererläsen auch nur diesen Ertrag zu erzielen. Vergleicht man diese Sätze mit den zurzeit in Preußen gültigen, so ergibt sich das folgende Bild:

In Prozent der Friedensmiete sind zu zahlen
(nach Angaben des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine):

bei 0 Proz. Vorkriegshypothek-Belastung	in Preußen	d. Reichsregierung nach dem Entwurf
" 10 "	15 b. S.	16 2/3 b. S.
" 20 "	20 "	20 "
" 30 "	25 "	23 1/3 "
" 40 "	30 "	26 2/3 "
" 50 "	35 "	30 "
" 60 "	42 "	33 1/3 "
" 70 "	46 "	36 2/3 "
" 80 "	48 "	40 "
" 90 "	48 "	43 1/3 "
" 100 "	48 "	46 2/3 "

Mit Ausnahme der obersten und der untersten Staffel, die praktisch bedeutungslos sind, ist also in allen Fällen die neue Staffelung der Sätze niedriger als die geltende preussische. Eine Erhöhung der vorgeschlagenen Sätze um 10 Prozent würde noch nicht ausreichen, um die neuen Sätze den alten anzupassen. Erst eine Erhöhung um 15 bis 20 Prozent würde wieder etwa den gleichen Ertrag an Steueraufkommen bringen wie die gegenwärtigen Sätze. Der Vorschlag der Reichsregierung will das Gesamtaufkommen um 15 Prozent vermindern.

Die Regierungsvorlage sieht nun freilich vor, daß das neue Aufkommen von 1 500 Millionen Mark so verteilt werden soll, daß die heute dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel unberührt bleiben. Eine gesetzliche Garantie dafür wird aber nicht geschaffen. Vielmehr wird ausdrücklich eine Aufforderung an die Länder gerichtet, an Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zu sparen, damit sie so erhöhte Mittel für ihren allgemeinen Finanzbedarf zur Verfügung haben. Das wird natürlich geschehen; denn die Finanznot der Länder ist groß; es wird geziehen auf Kosten der Zahl und des Mietpreises der neu zu errichtenden Wohnungen.

An diesem letzten Punkt ist aber der Hausbesitz besonders interessiert. 1926 und 1927 war es stellenweise bereits möglich, die Mieten in Neubauwohnungen nahe an das Mietniveau der Altmietungen von 120 Prozent Friedensmiete heranzubringen. Werden die Hauszinssteuermittel verkürzt, so ist die Folge, daß die neuen Wohnungen teurer werden, und weiter, daß das gesamte Mietniveau höher liegt, als es notwendig wäre. Dann kann auch der alte Hausbesitz mit neuen Mieterhöhungen rechnen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sieht der neue Entwurf vor, daß solche Mieterhöhungen nicht mehr von Erhöhungen aus der Hauszinssteuer begleitet sein sollen.

Der Entwurf enthält also noch

ein großes Zukunftsgeheimnis an den Hausbesitz

Die jetzige Regierungskoalition plant zum 1. April 1929 eine neue Mieterhöhung. Beträgt sie auch nur 10 Prozent der Friedensmiete, so bedeutet das oberhalb eine Mehrerinnahme von rund 500 Millionen Mark jährlich für den Hausbesitz.

Schließlich soll ein Teil der Steuer, der etwa ein Fünftel des Aufkommens bringen würde, in den Jahren 1931 und 1934 je zur Hälfte abgebaut werden. Sägt man die Wirkungen dieser und der geplanten Gesetzgebung für den Hausbesitz zusammen, ganz abgesehen von dem versprochenen weiten Ausbau der Wohnungszwangswirtschaft, so sieht sein Gewinn an Jahreserinnahmen etwa so aus:

am 1. April 1928	200 Mill. Mk. durch Steuerabbau
am 1. April 1929	500 Mill. Mk. durch Mieterhöhung
am 1. April 1931	150 Mill. Mk. durch Steuerabbau
am 1. April 1934	150 Mill. Mk. durch Steuerabbau

Zusammen 1000 Mill. oder 1 Milliarde Mark

Das entspricht einem Kapitalwert von 12 1/2 Milliarden, also der Reparationschuld von 5 Jahren.

Das deutsche Volk soll nach dem Willen der Reichsregierung in den nächsten Jahren fast so viel an den Hausbesitz schenken, wie es an Reparationen aufzubringen hat. Dieses Geschenk muß die Wirkung haben, die Mieten zu steigern und die Wohnungsnot durch ein ungeheures Wohnungselend zu erzeugen. Der Entwurf der Reichsregierung kleidet diese unermessliche Wirkung der neuen Hauszinssteuererhöhung in die fanstien und unendlich hohen Worten: „Die Wohnsituation unterliegen gewissen Veränderungen und passen sich neuen Verhältnissen an.“

Anungängliche sozialdemokratische Forderungen

Was müssen demgegenüber unsere Forderungen sein? Jeder Abbau der Steuer ist zu unterlassen, und ohne Mieterhöhung sind die Steuererläse mit 20 Prozent höher anzusetzen, als die Reichsregierung vorgeschlägt. Von jeder fünfzigsten Mieterhöhung muß der größere Teil der öffentlichen Hand ausschließlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Ein geringfügiger Abbau der Steuer darf erst im Jahre 1932 erfolgen, in dem dem Hausbesitz durch die Kündigung der Aufwertungshypotheken tatsächlich erhöhte Lasten entstehen müssen.

Angefaßt des Fehlbedarfs von rund 1,2 Millionen Wohnungen muß der Finanzanteil der öffentlichen Hand auf 700 Millionen Mark beschränkt und der ganze Ertrag, den die

Steuer darüber hinaus bringt, dem Wohnungsbau zugeführt werden. Erst wenn die Zins- und Amortisationsbeträge aus den zur Förderung des Wohnungsbaues gewährten Hauszinssteuerhypotheken die Hälfte des jährlich für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Steueranteils übersteigen, darf mit dem langsamem Abbau der Steuer begonnen werden, der sich fernerfalls über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren erstrecken muß. Auf diese Weise kann allein das Problem der Wohnungsnot gelöst werden. Nicht nur für Jahre, sondern für Jahrzehnte, wie es notwendig ist. Das deutsche Volk, das Krieg und Inflation ertragen hat, muß davor geschützt werden, von neuem in das Wohnungseld der Vorkriegszeit und die Zwangsnechtschaft der Hausherren zu versinken.

Magdeburger Angelegenheiten

Anzucht

Denn eben wo Begriffe fehlen, Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

Eine Zimmervermieterin, die einem Brautpaar für zwei Abende in der Woche einen Raum vermietet hatte, wurde vom Dresdner Amtsgericht nach § 180 des StrGB wegen Stuppeit verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, die Beklagte habe durch Ueberlassung des Zimmers an ein Brautpaar „die Ausübung der Anzucht geduldet und gefördert“. Die Angeklagte legte Verufung ein und machte geltend, daß man geschlechtlichen Verkehr zwischen Verlobten nicht als unfittlich bezeichnen könne. Das Oberlandesgericht Dresden hat sich aber der Auffassung des Vorberichts angeschlossen und die Revision mit der Begründung verworfen, auch der Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten falle unter den Begriff der Anzucht. Das Urteil blieb bestehen. Es geschah im Jahre des Heils 1927.

Die Wege unserer Rechtsprechung sind wunderbar, und der Begriff „Anzucht“ wird so seltsam angewandt, daß der Laie gut daran tut, sich recht viel Einzelfälle einzuprägen, um etwaigen Gewissenskonflikten aus dem Wege zu gehen. Merke also: Wenn eine Braut sich am Hochzeitsstage vor der Trauung dem Geliebten hingibt, so ist das Anzucht. Eine Viertelstunde später ist die gleiche Hingabe an den gleichen Menschen keine Anzucht mehr — vorausgesetzt, daß in der Zwischenzeit das Standesamt den Fall gebucht hat.

Wenn ein reicher Lebeger ein frisches Mädchen den Eltern abgekauft, das heißt durch materielle Zugeständnisse seinen Heiratsantrag schmachtig gemacht hat, so darf die junge Frau nach der Eheschließung nicht nur ihren Widerwillen bezwingen und sich die Liebheirungen des Gatten gefallen lassen, sondern sie ist sogar gesetzlich dazu verpflichtet. Das ist keine Anzucht. Wenn aber zwei junge, gesunde Menschen, die zu arm sind, einen Hausstand zu gründen, einander ohne Standesamt angehören, so ist das Anzucht.

Wenn ein junges Brautpaar, das keine Wohnung findet, der Liebe „frönt“, so ist das Anzucht. Wenn die gleichen Menschen später als gesetzlich verbundenes Ehepaar alt und kalt geworden sind, wenn sie vielleicht gar erkrankt haben, daß ihre Liebe Irrtum war, dann dürfen sie trotzdem soviel sie wollen miteinander sein, dann ist es keine Anzucht mehr.

Wenn jemand seinen Körper gewerbsmäßig feilbietet, so ist das Anzucht. Wenn jemand sich mit einem Menschen, den er leidenschaftlich liebt, körperlich verbindet, ohne mit ihm verheiratet zu sein, so ist das auch Anzucht.

Das sind einige wenige Beispiele, sie sind beliebig zu ergänzen. Der neue Strafgesetzentwurf arbeitet frisch und fröhlich in der alten Weise mit dem Worte „Anzucht“ weiter. Es wäre wirklich an der Zeit, daß im Sprachgebrauch unsrer Rechtsprechung mit diesem Ausdruck aufgeräumt würde. Die gedankenlose Anwendung des Begriffes Anzucht schlägt jedem gefunden menschlichen Empfinden ins Gesicht, sie ist empörend, dumm und unzüchtig.

Neuzeitlicher Siedlungsbau

In der Vortragsreihe „Städtebau und Siedlung“ der Magdeburger Volkshochschule sprach am Sonnabend Professor Mebes (Berlin) über das Thema „Neuzeitlicher Siedlungsbau“. Der Redner erörterte allgemeine Grundzüge für den Bau von Wohnsiedlungen größeren Umfangs, die modernen Bauleuten heute schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Daß man bei Ausführung größerer Bauvorhaben die architektonische Gestaltung möglichst einheitlich durchführt, daß auf moderne überhöfliche klare Baugliederung Wert zu legen ist, daß gesunde hygienische Bedingungen auf das genaueste beachtet werden müssen, erläuterte er an zahlreichen Beispielen.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die offene und weiträumige Anordnung der Baublocke, damit eine ausreichende Be-

Das Firmenschild brarucht Licht

wenn es auch des Abends deutlich sichtbar sein soll.



Fordern Sie lichtwirtschaftliche Beratung vom Elektro-Fachgeschäft.

OSRAM

formung und Entlüftung gewährleistet wird. Je höher die Bauten, je mehr Raum muß sie umgeben. Die Gassen müssen die Straßenbreite übersteigen, sie dürfen keine dunklen Schächte bilden, wie so oft bei alten Häusern. Auf eine geschmackvolle Grünflächenverteilung auf den Höfen und auch auf Verpflanzung der Straßen mit Bäumen legte der Redner besonderen Wert. Er glaubt damit den strengen, manchmal herben Stil der modernen Bauten mildern zu können.

Zahlreiche Lichtbilder gaben Beispiele von Berliner Wohnhausbauten der jüngsten Vergangenheit. In den meisten Fällen handelte es sich um sehr gelungene Ausführungen, sowohl im Hochbau als im Flachbau. Die sich immer mehr erschwerende Baufinanzierung zwingt, so betonte der Redner, immer mehr zum Bau von Kleinwohnungen bis zu einer Etage mit Wohnküche. Es ist besser, die Menschen haben eine kleine Wohnung als gar keine, als daß sie auch sehr enge Räume mit andern Familien teilen müssen. Wohnküchen allerdings wünscht der Redner so gestaltet, daß die Koch- und Wirtschaftseinrichtungen abgetrennt werden durch geschlossene Anordnung in einer Nische. Einige Bilder zeigten hier günstige Lösungen. Bei Mehrzimmerwohnungen braucht der Raum für die Küche nicht übermäßig groß zu sein. Er soll lieber für die größere Gestaltung der Wohnräume verwendet werden. Die Kücheneinrichtung und die gesamte Wohnungsgestaltung müssen von dem Grundriss ausgehen, der Hausfrau die Arbeit zu erleichtern, damit sie nicht den ganzen Tag in ihrem Wirtschaftsbetrieb angestrengt beschäftigt ist.

Der Vortrag litt unter der mangelhaften Akustik des Redners und unter der schlechten Akustik des Bürgerhauses im Rathaus. Die Besucher, die nicht gerade in den vordersten Reihen saßen, mußten sehr aufpassen, daß sie auch verstanden, was sie gern hören wollten.

Die Zellstadt auf dem Anger

Der Herbst zeigt sich von der angenehmen Seite. Recht warm ist es in der Sonne. Der Himmel spannt ewig blau seine Kuppel. Auf der Goldbrücke, die recht geschwellig aussieht, ist starker Verkehr. Die Menschen auf den Bürgersteigen schieben sich. Lange grüne Autos bahnen sich den Weg durch den Staub. Goldene Lettern bilden das Wort: Sarraiani. Seit Tagen bildet dieser Name das Gespräch der Schuljungen, unterhält man sich am Arbeitsplatz darüber. In der Familie bespricht man die Möglichkeiten eines Besuchs des Zirkus Sarraiani, der am Montag sein Gastspiel in Magdeburg beginnt.

Der kleine Casauer Anger ist aus seiner beschaulichen Ruhe aufgewacht. Eine bunte Stadt ist gewissermaßen über Nacht auf seinem grünen Rasen entstanden. Obell strahlt die Sonne auf das Plandach des großen, hohen Stundenglockens, in dem Abend für Abend eine kleine Märchenwelt den staunenden Zuschauern gezeigt wird. Längs sind straff gespannt. Mit einer Ramme werden noch einige Plätze in die Erde gebracht. Eine andre Arbeiterkolonne zieht mit einem Platzwagen ein Halbfuß feil. Ringsum flattern bunte Fahnen. Auch eine schwarzrotgoldene ist darunter. Dann kommen niedrige Zelte. Nützliche Straßen bilden sie. Sie umschließt eine große Grünfläche. Hin und wieder trifft man vor den Wohnungen die Vertreter anderer Nationen und Völker bei der Morgenkollation. Unter einer Wasserleitung wäscht eine Indiarbeiterin irgendein Kleidungsstück. Die dunkelhaarigen Kinder tollern umher. Sie haben ein wenig „Jubilantion“ angenommen und kommen sich wohl selbst ein wenig lächerlich vor in deutschen Gassen.

Aus den Zelten läßt Gebell von Wölfen, Hunden usw. Sie und da läßt sich auch ein Tiger bemerken. Überall wo in der Zellstadt noch ein Loch, schlüpfen Kinder und auch Erwachsene durch. Die Wärter sehen diese Neugierigen nicht gern, denn sie haben noch alle Hände voll zu tun. Überall ist noch etwas zu ordnen; hier noch ein Gitter festzumachen, dort noch Spreu auszubreiten. Die Ställe müssen in Ordnung sein. Denn Auto um Auto rollt heran und bringt die bunten Tierchar, die allabendlich unter Leitung ihrer menschlichen Beherrscher ihre Künste dem Publikum zeigen soll. Mit dem Herantrollen hupert's manchmal. Der ledere Samboden des Angers läßt die schweren Autos bis zur Höhe beschleunigen. Da hilft oft alle Anstrengung des Autos nichts. Da muß ein Kampfschlepper vorgepannt werden, der zuerst ein wenig hupert, dann aber mühelos den Starren aus dem Dreck zieht. Derzeitige Polizei muß den Weg frei halten. Neugierige stehen überall in Gruppen. Sarraiani beherrscht eben viel Magdeburger, vor allem die, die Zeit haben. Ungeheuer groß ist Sarraiani's Ansehen. Außerdem ist ein Teil des Künstlerkollektivs mit zwei Speisewagen am Montag mittig vom Braunschweig in Magdeburg eingetroffen.

Achtung, Straßenbahnfahrer!

Beim Abbringen von der fahrenden Straßenbahn jagt sich die berufliche Veria S. Braunehirsche, Straße 18, am Sonnabend einen komplizierten Bruch des rechten Oberarms zu. Sie wurde ins Altkinder Krankenhaus gebracht.

In jedem Straßenbahnwagen hängt seit einiger Zeit ein tolles Plakat mit großer Ueberschrift: „Achtung“. Darauf wird mitgeteilt, wieviel Unfälle in verfloffenen Monat durch Aus- und Absteigen während der Fahrt passiert sind. Im August waren es acht, im September sieben. Die „Volkstimme“ hat vor längerer Zeit angeregt, diese Einrichtung nach dem Vorbild anderer Städte auch in Magdeburg einzuführen. Es soll dadurch erreicht werden, daß sich die Fahrgäste vor dem Leisten aus und geordneten Absteigen warnen lassen und es nicht tun. Auf diese Weise kann die Zahl der Verkehrsunfälle gemindert werden. Wie aus obiger Rechnung und aus den Zahlen in den Straßenbahnwagen hervorgeht, sind bisher noch immer Unfälle aus dem genannten Grunde vorgekommen. Bei alle Tage die Straßenbahn benutzen, kann beobachten, daß das Absteigen und Aufsteigen noch aus in Schwärze ist, trotz der Warnungen der Schaffner. Alle Straßenbahnfahrer mögen das Plakat im Wagen beachten. Sie haben diese Zeit, wenn sie betretenden, und sie rufen die Polizeibeamten und Anzeigen durch Strafbefehle, ja im Grunde rufen sie auch das Leben. Der wahren Verkehr erfordert Disziplin. Halte sie, ihr Straßenbahnfahrer!

Statistik der Straßenfahrgänge

Die ersten Ergebnisse über die Erhebung in der Straßenfahrgänge vom 15. Juli 1927, die von der Reichsregierung für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenberufung bearbeitet worden, zeigen jetzt vor. Zunächst wurden die Ergebnisse für fünf Merkmale ermittelt: Altersgliederung, Berufs- gliederung, Berufsgruppen innerhalb der Straßenfahrgänge, Dauer der verbleibenden Berufslosigkeit vor Eintritt der Arbeitslosigkeit und schließlich Erwerbsverhältnisse bei der Unterbrechung in Arbeit.

Der Altersaufbau der Straßenfahrgänge zeigt den- noch das erheblich niedrigere Alter, denn der von der Reichsregierung bezugenen weiblichen Arbeitslosen. Bei den weiblichen Arbeitslosen sind rund 17 Prozent über 50 Jahre alt, bei den Männern dagegen rund 40 Prozent. Von den weiblichen Straßenfahrgängern sind 55 Prozent über 40 Jahre alt; eines 18 Prozent oder männlichen Straßenfahrgänge sind jünger als 20 Jahre alt, während unter den Erwerbslosen vom 2. Juli 1926 nur ein knappes Drittel über 40 Jahre und etwa 6 Prozent über 50 Jahre alt waren. Bei den weiblichen Straßenfahrgängern sind ein gutes Drittel älter als 40 Jahre, etwa 5 Prozent älter als 50 Jahre, während unter den weiblichen Erwerbslosen vom 2. Juli 1926 nur 21 Prozent älter als 40 und 3 Prozent älter als 50 Jahre waren.

Die Zahl der Jugendlichen ist in der Straßenfahrgänge erheblich geringer als in der Erwerbslosenliste im Vergleich. Unter 21 Jahren sind in der Straßenfahrgänge nur 2 1/2 Prozent der Männer und 4 1/2 Prozent der Frauen, dagegen von Erwerbslosen

des Vorjahres mehr als 15 Prozent der Männer und mehr als 22 1/2 Prozent der Frauen.

Zur Klarstellung der Ursachen über die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Krisenunterstützten in Arbeit wurden 108 Fälle persönlicher Erwerbs- oder Behinderungsgründe angegeben. An erster Stelle steht hier das Alter, und zwar in rund 46 Prozent aller dieser Fälle. Sonstige körperliche Leiden oder Gebrechen werden als Grund der Schwere oder Behinderung in 24 Prozent der Fälle angegeben, bei 9 1/2 Prozent der Fälle liegt der Grund in der mangelnden Berufsausbildung, bei den übrigen Fällen, in denen persönliche Gründe maßgebend sind, verteilen sich diese auf folgende Bezeichnungen (27 Prozent), fehlende Arbeitsleistung (0,2 Prozent, Bestrafung (1,0 Prozent), und sonstige ungenannte Gründe (16,0 Prozent).

Bei den Jugendlichen konnte bereits in knapp 19 Prozent der Fälle infolge körperlicher Leiden und Gebrechen keine Arbeit vermittelt werden und bei 33 Prozent der Fälle war die mangelnde Berufsausbildung die Ursache der erschwerten Unterbringung. Bei den Erwachsenen (über 21 Jahre) ergibt sich als Besonderheit, daß die Erwerbs- oder Behinderung durch körperliche Leiden oder Gebrechen den höchsten Prozentsatz bei den zwischen 30 und 40 Jahre alten Krisenunterstützten zeigt. Wirtschaftliche Gründe, z. B. Betriebseinschränkung, Nationalisierung, Niedergang einzelner Gewerbe und dergleichen sind als Erwerbs- oder Behinderung bei Jugendlichen für 66 Prozent, bei den Erwachsenen nur für 57 Prozent als ausschlaggebend angeführt.

Sozialdemokratische Partei

Belegte Saal. Heute Montag Mitgliederversammlung bei Geride. Belegte Saal. Heute Montag am 20 Uhr Frauen- versammlung im Schwärzen Adler. Belegte Saal. Heute Montag Mitgliederversammlung im „Wilhelmspark“. Belegte Saal. Am Mittwoch Frauenversammlung im „Veldedere“. Belegte Saal. Am Mittwoch Frauenversammlung im „Veldedere“. Am Mittwoch Frauenversammlung im „Veldedere“.

Jubiläumfeier der Freireligiösen Gemeinde

Die „Nationalfestspiele“ waren am Sonnabend von einer festlich gestimmten Menge gefüllt, denn die Freireligiöse Gemeinde feierte ihr achtzigjähriges Bestehen. Und sie feierte dieses große Ereignis in einer Weise, daß jeder Teilnehmer den Tag noch lange als einen Tag gemeinsamer schöner Erhebung in der Erinnerung behalten wird.

Der erste Vorsitzende der Gemeinde, Genosse Martin Bieri, und Stadtrat Genosse Kitzig als Vertreter des Oberbürgermeisters begrüßten die Versammelten. Genosse Dr. Köstlin gedachte in einer Festansprache der kämpferischen Geschichte der Gemeinde. In der letzten Mittwochausgabe der „Volkstimme“ ist das Wirken der Gemeinde und ihrer Männer bereits ausführlich gewürdigt worden.

Die Gesangsbeiträge, die mehrere Stunden ausfüllten und vom Männer- und Damenchorverein der Gemeinde und vom Gemischten Chor Magdeburg Süd bestritten wurden (zum Teil mit Orchesterbegleitung), boten Höchstes und erzwangen so wirkliche Andacht. Anerkennung verdient auch der Sprecher der Freidenkerjugend; besonders lebhafter Beifall lohnte die Gesangs- und Rezitationsbeiträge von Fräulein Helme und Fräulein Lemke.

Freude schufen natürlich auch der sich anschließende Festball und die Verlosung zum Besten des Frauenvereins der Freireligiösen Gemeinde für hilfsbedürftige Mitglieder. Wer sich nach Stunden festlichen Erlebens in der Gemeinschaft liebenswürdiger freier Menschen sehnt, dem bietet mit an erster Stelle die Freireligiöse Gemeinde Gastfreundschaft und Aufnahme an.

Magdeburger Volkshochschule. Der für Donnerstag den 6. Oktober wegen Erkrankung des Redners ausgefallene Lichtbildvortrag von Prof. Gropius, Direktor des Bauhauses in Dessau, über „Typischer Siedlungs- und architektonischer Bau“ findet nun bestimmt am Freitag den 14. Oktober, 20 Uhr, in der Aula der Volkshochschule statt.

Die Schulpflicht. Durch das Gesetz vom 21. Juli 1926 ist eine wesentliche Änderung hinsichtlich der Schulpflicht der schulpflichtigen Kinder eingetreten. Hiernach beginnt die Schulpflicht mit dem 1. April des Kalenderjahres für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das 6. Lebensjahr vollenden. Die Schulpflicht eines Kindes endet ferner nach Ablauf einer achtjährigen Schulpflichtzeit an dem amtlich festgesetzten Schulpflichtende mit Ablauf des Schuljahres. Diese Bestimmungen gelten nicht nur, so ferner das Kammergericht u. a. aus, für die Kinder, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes schulpflichtig werden, sondern auch für Kinder, die zu diesem Zeitpunkt die Schulpflicht schon bestritten. Das Gesetz enthält auch Ausnahmen von dieser achtjährigen Schulpflicht, indem es nicht nur die Entlassung hinauszieht, eine vorzeitige Entlassung durch die Schulbehörde und schließlich ein Ausbleiben der Schulpflicht nach Erledigung der Grundschulpflicht bei Gewährung arbeitsweiliger Unterrichts ferner. Kommen diese Ausnahmen nicht in Betracht, so haben die schulpflichtigen Kinder 8 Jahre vom Beginn der Schulpflicht an bis zum Schluß des laufenden Schuljahres zu besuchen. Sei ein schulpflichtiges Kind im September 1912 geboren, so hätte die Schulpflicht für das Kind selbst dann, wenn sie zu dem normalen Zeitpunkt, d. h. am 1. April 1919, begonnen hätte, erst mit dem 31. März 1927 ihr Ende erreicht. Im Fall einer Hinauszögerung des Beginns der Schulpflicht schiebt sich nach § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1926 auch das Ende der Schulpflicht entsprechend hinaus, so daß ein Kind, das erst mit 7 1/2 Jahren schulpflichtig geworden ist, erst mit Ablauf des Schuljahres, in dem es 15 1/2 Jahre alt geworden sei, die Schule verlassen dürfte. Hinauszögerung der Eltern genügt zur Befreiung der Eltern des schulpflichtigen Kindes, das vorzeitig der Schule ferngehalten wurde. Die Feststellung der Schulpflicht hat aber nicht durch die zuständige Schulbehörde zu erfolgen; die Frage, ob eine unentgeltliche Schulverpflichtung vorliegt, habe der Richter nach freiem Ermessen zu entscheiden.

Am Sonntag den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Konzerthaus, Leipziger Straße 22, öffentliche

Beamtenversammlung

Reichs- und Kommunalbeamten.

Eintritt 30 Pf.

— Balalaika-Gastspiel! Die Erste russische Konzert-Gesellschaft, Leitung Dr. Smerlow, gibt am Mittwoch abend 8 Uhr im „Hohenzollernpark“ ein Gastspiel.

— Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte-Organisationen. Die Magdeburger Gastwirte-Organisationen, und zwar der Arbeitgeber-Verband der Hotels, Cafés, Restaurantsbetriebe, E. B., der Gastwirteverein von Magdeburg und Umgebung, E. B., und der Verein der Saal- und Konzertlokalitäten von Magdeburg und Umgebung, E. B., haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um die Interessen des Gewerbes gemeinschaftlich zu vertreten.

— Entwässerung des Schnee- und Rehrich-Abdecksplatzes an der Obenfelder Chaussee. Der Schnee- und Rehrich-Abdecksplatz an der Obenfelder Chaussee, dessen unbefestigter Teil noch in diesem Jahre vor Beginn der Schneeperiode gepflastert werden soll, hat keine Entwässerungsanlage, so daß bei der Schneeschmelze und bei lange andauerndem Regenwasser die umliegenden Schrebergärten Schaden leiden. Der Magistrat beabsichtigt, dem Uebelstande dadurch abzuhelfen, daß auf dem Platz zwei Einflüsse eingebaut und an einen neu zu verlegenden Kanal angeschlossen werden, der seine Vorflut nach dem in Bau begriffenen Straßkanal in der Obenfelder Chaussee erhalten soll. Nach dem Kostenschätzungen der Tiefbauverwaltung werden die Kosten 4300 Mark betragen. Die Stadtverordneten sollen am Freitag der Absicht des Magistrats ihre Zustimmung erteilen.

— Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr. Nach der Verordnung über Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr vom 8. Juli 1927 sind zur Kennzeichnung gefährlicher Stellen im ganzen Reich die gleichen Warnungstafeln aufzustellen. Der Polizeipräsident hat gemeinsam mit zwei Vertretern der Stadt bei einer örtlichen Besichtigung festgestellt, daß im Stadtgebiet 41 dieser Warnungstafeln erforderlich sind. Nach Ansicht der städtischen Tiefbauverwaltung dürfte es sich empfehlen, an weniger beleuchteten Stellen und in den Außenbezirken Blinklichter aufzustellen. Die Gesamtkosten betragen 2000 Mark. Sie sind von dem Wegebauunterhaltungspflichtigen, somit von der Stadt, zu tragen. Der Magistrat hat diese Summe bewilligt. Er beantragt in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung dem Magistratsbeschlusse zuzustimmen. Die Zustimmung wird am Freitag sicherlich erteilt werden.

— Straßenunfall. Der Maler Heinrich Sp., Alt-Westert- hagen 147, fiel am Sonntag auf der Straße so unglücklich hin, daß er sich außer einer Kopfverletzung eine leichte Gehirnerschütterung zuzog. Er wurde ins Altkinder Krankenhaus übergeführt.

— Unfall beim Fußballspiel. Am Sonntag fiel der Schuh- machermeister Richard B. aus Nordgermersleben auf einem Sport- platz beim Fußballspielen hin. Er zog sich einen Bruch des rechten Beines zu, was seine Ueberführung ins Altkinder Krankenhaus notwendig machte.

— Verkehrsunfall. Der Kellner Wilhelm W., Braunschweig- straße 6, wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag beim Ueberqueren des Staatsbürgerplatzes von einem Motorradfahrer angefahren. Er erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unter- schenkels. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus Altkinder- stadt zugeführt.

— Opfer der Arbeit. Dem Arbeiter Otto M., Alexander- straße 18, fiel am Sonnabend mittig auf seiner Arbeitsstätte durch Umkippen einer Selbstbahnlore eine schwere Eisenstange auf den Oberkörper. M. trug so schwere Verletzungen davon, daß sie seinen sofortigen Tod herbeiführten.

— Unfälle bei der Arbeit. Am Sonnabend verstauchte sich der Arbeiter Gustav B., Bergstraße 18, beim Sturze von einem Wagen die rechte Schulter. — Der Arbeiter Reinhold M., Kleine Schulstraße 25, geriet am Sonnabend auf seiner Arbeitsstätte mit der linken Hand in eine Maschine. Dabei wurden ihm zwei Finger gequetscht. Beide Verletzte wurden dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt.

— Selbstmord. Im dem Hause Heiligegeiststraße, Ecke Gold- schmiedebrücke, wurde am Montag vormittag der 16jährige Ernst G. in seiner Wohnung im Bett liegend tot aufgefunden. Er war am Sonntag abend in sein Zimmer gegangen, hatte sich ins Bett gelegt und mit einem Herzschuß getötet. Die Ursache zur Tat soll Krankheit sein.

— Gestohlen wurden in letzter Zeit von einem Lagerplatz in der Wittenberger Straße etwa 200 bis 300 Kilogramm Altgint (Dachrinnen). Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen können, erbittet der Polizeipräsident, Kriminal- direktion, Einbruchabteilung, Zimmer 260.

— Fahrabdiebstahl. Gestohlen wurden folgende Fahrräder: Am 3. Oktober in Altkinderleben ein Herrenfahrrad (Brunnhilbe, Nr. 109 756) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit schwarzen Streifen, englischem Lenker mit schwarzen Griffen, schwarzen Schutblechen, gelbem Sattel, Torpedobremse; am 3. Oktober vor dem Lokal „Böttelkauf“ in der Schmiedehofstraße ein Herren- fahrrad (Frischhaus, Nr. 447 151) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, englischem Lenker mit schwarzem Griffen, vernickelten Speichen, Freilauf mit Rücktrittbremse; am 7. Oktober aus dem Hausflur des Grundstücks Spiegelbrücke 3 ein Herrenfahrrad (Dürkopff, Nummer nicht bekannt) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, nach oben gebogenem Lenker mit roten Griffen, Freilauf und Rücktrittbremse. Sachliche Angaben über die Täter und den Verbleib der Räder erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 262/263.

— Gefundenes Fahrrad. Aufgefunden wurde am 3. Okto- ber auf dem Gübber Weg ein Herrenfahrrad „Röberting“, Nr. 36397 U, mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit schwarzem Strichen, schwarzen Schutblechen mit Gold abgesetzt, englischem Lenker, braunem Sattel, Gepädachler, R.-E.-H.-Freilauf und Rücktrittbremse. Eigentümer können sich melden im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 262.

— Siehergestellt ist ein Herrenfahrrad „Opel“, Nr. 116434, mit gelbem Rahmen, schwarz gestrahlt, gelben Felgen, braunem Sattel, nach unten gebogenem Nennlenker mit roten Griffen, Hand- bremsen sowie Freilauf und Rücktrittbremse, Drahtgefäßhalter mit der Aufschrift „Opel“. Der Eigentümer wird ersucht, sich zwecks Bestätigung unter Nachweis der Eigentumsrechte im Pol- izeipräsidium — Kriminaldirektion — Zimmer 262 — in den Vormittagstunden einzufinden.

— Hinweis. In der heutigen Auflage unserer Zeitung (ohne Post) liegt ein Prospekt über Beher's „Deutsche Moden- zeitung“ bei. Alle 14 Tage ist die „Deutsche Modenzeitung“ zum Preise von 45 Pf. von jeder Zeitungsträgerin oder auch durch die Buchhandlung Volksstimme zu beziehen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Achtung Spielende! Sämtliche Signalhornbläser am Mittwoch, Stab- fahner oder geschult. Leiter Donnerstag nächste Sitzung. — Abteilung Altkinder. Montag den 10. Oktober Vollversammlung im „Wilhelmspark“. Referent: 1. Bundes-Sekretär Kunze mann. Die ge- samte Abteilung tritt 19 1/2 Uhr auf dem Reichsmarkt an.

Freiwillige Arbeitsgemeinschaft

Arbeitsgemeinschaft freiwilliger Helfer Magdeburg. Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, Sitzung bei Lustfeld. — Vorstand für Spendenentwurf und Sammelaktion, Ortsgruppe Magdeburg, am Mittwoch den 12. Oktober Vorstandssitzung in der Weichstraße.

Theater, Konzerte, Vorträge

Volksbühne. Oberkapern und Firol. Vortrag mit Licht- bildern von H. Feiler (Gumburg). Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, in der Weichstraße. 1. Teil. — Einleitung und Einleitung. Prof. Gropius (Dessau). Lichtbildvortrag: „Typischer Siedlungs- und architektonischer Bau“, Freitag den 14. Oktober, 20 Uhr, Volkshochschule. 1. Teil.

Nachrichten aus der Provinz

Bergarbeiterfrauen, unterstützt eure Männer!

In der nächsten Woche wird das große Ringen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beginnen. Dieser große Kampf wird den Braunkohlenindustriellen zeigen, daß die Arbeiter in der Lage und gewillt sind, sich einen höheren Lohn zu erkämpfen. Nach der ganzen Sachlage wird der Erfolg auf Seiten der Arbeiter sein, wenn sie einig und geschlossen den Kampf aufnehmen und führen. In dieser Stunde gilt es, noch ein ernstes Wort an die Frauen der Arbeiter des Braunkohlenbergbaues zu richten. Während dieses Kampfes gehören die Frauen in die Kampftruppe der Männer. Die Frauen sind ja diejenigen, die am härtesten die Folgen der elenden Entlohnung der Männer im Haushalt spüren. Darum dürfen auch die Frauen den Männern nicht hindernd und klagend in den Weg treten, sondern sie müssen ihre Männer anfeuern und ermutigen, damit der Kampf siegreich beendet werden kann.

Daß gerade die Frauen eine große Bedeutung haben, wissen auch die Arbeitgeber ganz genau. Bei der letzten Flugblattverteilung von ihrer Seite haben sie sich ja besonders an die Frauen gewandt. Zweifellos werden sie auch in den kommenden Tagen alle Mienen sprengen lassen, um die Frauen auf ihre Seite zu bringen. Die Unternehmer werden wieder „soziales Verständnis“ heucheln, die Frauen auf die Folgen eines Streiks für die Familie hinweisen, um ihnen Angst zu machen. „Denk an eure Familien“ schreiben sie in ihrem Flugblatt.

Bergarbeiterfrauen, denkt doch einmal nach, warum dieser Kampf geführt wird. Eure Männer wollen doch kämpfen, um der Familie eine bessere Lebenssituation zu schaffen. Gerade im Interesse der Familie liegt es ja, daß die miserablen Löhne im Braunkohlenbergbau beseitigt werden. Es ist ein Jammer, wenn man in Bergarbeiterwohnungen kommt und sehen muß, wie elend ihre Wohn- und Lebensverhältnisse sind. Die Arbeitgeber, die den Arbeitern zurufen „denk an eure Familien“, sollten einmal diese Familien besuchen, um überhaupt eine Vorstellung von der Notlage ihrer Arbeiter zu bekommen. Wahrscheinlich würden ihnen dann ihre salbungsvollen Ausprüche vergehen. Hunderte Familien hausen in schmutzigen, ungesunden Höhlen, denn Wohnungen kann man die meisten nicht nennen. Kinderreiche Familien müssen mit einem bis zwei Zimmern auskommen. Möbel und Zimmer schmuck findet man sehr wenig. Eine Stuben- oder Küche mit einem Vorhang davor muß hielsmal den Kleiderkasten ersetzen. Die Kinder müssen den ganzen Tag in einem Raume bleiben, der zugleich Küche, Wohn- und Schlafzimmer ist.

Ist es unter diesen trostlosen Verhältnissen nicht zu verstehen, wenn in vielen dieser Familien Angst und Streit, Mißmut und Niedergeschlagenheit überhandnehmen? Viele Bergarbeiterfrauen, die aus dem Glend und den täglichen Sorgen nicht herauskommen, sind mit 30 bis 35 Jahren verbaucht. Jahr für Jahr sehen sie die Not in ihren vier Wänden, jegliche Lebensfreude schwindet und eine stumpfe Resignation bleibt übrig. Sollen diese Zustände bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben? Nein! Es muß auch für den Bergarbeiter eine Zeit kommen, wo er als Mensch geachtet wird und ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Wenn nun heute die Braunkohlenarbeiter einen Schritt nach diesem Ziele tun wollen, dann müssen sie der Unterstützung ihrer Frauen gewiß sein.

Die Löhne der Braunkohlenarbeiter sind deshalb so niedrig, weil die Arbeitgeber sich stark genug fühlen, diese möglichst tief zu halten, um ihren Profit zu erhöhen. Das wird aber nur so lange sein, bis sich die Arbeiter auf ihr Recht und ihre Macht besinnen und sich höhere Löhne erkämpfen. Der Frau ist und kann es nicht gleich sein, ob sie die Woche 10 Mk. mehr oder weniger vom Mann erhält. Sie muß mit jedem Pfennig rechnen und würde auch am unmittelbarsten eine Lohnsteigerung in ihrem Haushalt spüren. Deshalb darf in dieser Lohnbewegung die Bergarbeiterfrau nicht passiv beiseitegehen, sondern muß sich aktiv in die Kampftruppe einreihen, damit der Lohnkampf Erfolg hat.

Entlassungsbeihilfe

Vom 1. Oktober an sind die Arbeitgeber verpflichtet, ihren Arbeitnehmern nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Beihilfe auszusetzen, aus der Art, Beginn, Ende und Höhe des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes für die letzten 3 Monate vor Beendigung

des Arbeitsverhältnisses und eine etwa gewährte Abfindung oder Entschädigung herbeizuführen. Die Arbeitsnachweise haben für diesen Zweck Vorzüge angefertigt, die durch den Gemeindevorsteher und auch durch das Arbeitsamt auf Anforderung gegen Erstattung der Unkosten an die Arbeitgeber abgegeben werden. Die Arbeitnehmer müssen im eigenen Interesse bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine solche Bescheinigung fordern, weil diese zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung gebraucht wird.

Saatenstand im Oktober

Wie der „Amüliche Preussische Pressedienst“ einer Uebersicht der „Statistischen Korrespondenz“ entnimmt, ist das Ergebnis der Saatenstandsbeurteilung in Preußen zu Anfang Oktober für die Getreidearten, den Kohl und die Futtergewächse nicht erfreulich, besonders nicht für die Getreidearten. Immerhin werden aber im Staatsdurchschnitt sämtliche Getreidearten und Koblarten mit 2,8 bis 3,1, also beinahe mittel gut, Futterpflanzen und Wiesen mit 2,6 bis 2,9, also besser als mittel, begutachtet. Häufig wird darüber geklagt, daß durch die mehr als reichliche Rasse und den geringen Sonnenschein die Kartoffeln zu klein, unentwickelt und schorrig sowie in allen Lagen und Bodenarten ziemlich oft nachfaul geworden sind. Auch die Futter- und Koblarten haben sich nicht in erwarteter Weise entwickelt und sind verunkrautet. Die Futterrüben sind in ungewöhnlicher Menge in Stock geschossen, und die Koblarten, wie auch die Koblarten wurden stark von Raupen zerfressen. Am besten von den Getreidearten werden die Zuckerrüben bewertet, obgleich auch sie eine Einbuße gegen den Stand vom September erfahren haben.

Mit dem Ausmachen der Kartoffeln wurde überall bereits vor 14 Tagen begonnen, soweit die Bodenmasse dies irgendwie ermöglichte. Die kleineren Betriebe sind vielfach bereits mit dem Ausmachen fertig, die mittleren und besonders die Großbetriebe jedoch zum Teil noch weit zurück.

Die Getreideernte ist bis auf Reife von Weizen, Hafer, Bohnen und Gemenge beendet. Im ganzen konnte die Getreideernte bei dem günstigen Wetter Anfang September noch leidlich geordnet werden, doch meist in beschädigtem Zustand, da fast überall Auswuchs der Körner und Schwarzwerden der Halme zu verzeichnen war. Auch die Grumternte, die zum Teil noch im Gang ist, hat erhebliche Einbuße in allen Landesteilen erlitten, da sie stark verregnet ist und dadurch große Mengen an Heu verdarben. Im ganzen brachte sie reichliche Erträge, doch konnten die niedrig gelegenen Wiesen vielfach nicht gemäht werden, weil sie unter Wasser stehen. Die abgeernteten Futterschläge und Wiesen sowie die Weiden sind gut im Stand und bieten dem Vieh reichlich Futter.

Die Herbstbestellung ist zwar überall im Gang und für Wintergerste zumeist beendet, doch ist sie im ganzen noch sehr im Rückstand, da die Acker zu naß sind und die Ueberntung der Felder sich bei der unbeständigen Witterung zu lange hingezogen hat. In einzelnen Gegenden, besonders in Schleswig-Holstein sowie in den pommerischen und hannoverschen Küstengebietern, hat die Bestellung kaum begonnen. Frisch bestellte Felder an Wintergerste und Winterroggen grünen meist lückelos und gut auf; leider zeigen sich öfter Fusarium und Frittsliegen, auch Acker-schnecken bringen schon merkwürdigen Schaden.

Die Dingerverhältnisse sind im allgemeinen befriedigend, jedoch wird Kunsfänger wegen der Geldknappheit nicht in ausreichendem Maße verwendet. Der Anbau von Leguminosen und andern Fruchtarten zur natürlichen Anreicherung des Bodens mit Stickstoff wird immer mehr bevorzugt.

Das Vorkommen von Schädlingen hält sich ansehnend in engeren Grenzen. Ziemlich stark verbreitet ist allerdings die Raupenplage im Kohl und in den Koblarten, worüber fast in allen Gegenden geklagt wird; in einzelnen Bezirken wurde der Kohl vollständig durch Raupen vernichtet, auch Blattläuse sind hierbei mit am Werke gewesen. Ueber Mäuse wird im ganzen wenig geklagt, nur stellenweise treten sie in großen Mengen auf. An sonstigen tierischen Schädlingen werden öfter noch Acker-schnecken genannt. Ferner wird über Nässe-schaden an Kartoffeln, Rüben und Kohl häufig geklagt.

Preis-Wanzenleben

Fraktionsitzung. Heute (Montag) um 20 Uhr im obern Zimmer der „Hansjafale“. — Parteivorstandssitzung ebenfalls heute (Montag) abend 20.30 Uhr in den „Hansjafalen“. Zentralverband der Arbeitslosen. In der Mitgliederversammlung gedachte der Vorsitzende Frensel der verstorbenen Mitglieder. Der Kassierer Tschke erstattete den Kassierbericht vom

8. Quartal. Dann berichtete Frensel über die Preis-Konferenz in Wangleben. August Frensel erläuterte die Fürsorge für Halbwaisen und Waisen und sprach über das Heilberfahren. Frensel ging auf das von den Mitgliedern angeregte Verlangen ein, das vom Vorstand festgesetzt werden wird, und kritisierte die Prüfung der Anträge auf Waisenrente sowie die schwache Beteiligung an Begräbnissen der verstorbenen Mitglieder. Mit der Wahrung, fest zur Organisation zu stehen und die noch fernstehenden Invaliden im Orte dem Zentralverband zuzuführen, schloß Frensel die Versammlung.

Gemeindevorstandssitzung am Mittwoch den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. Herstellung von Fußwegen in den Siedlungen; Antrag der Siedlungs-Gesellschaft Klein-Dietzleben auf Baugenehmigung.

Stadtkreis Burg

Gewerkschaften und Wirtschaft.

Vor Betriebsräten und Funktionären hielt Genosse Kurt Geinitz (Berlin) einen Vortrag über „Gewerkschaften und Wirtschaft“. Als ausgezeichneten Kenner der wirtschaftlichen Zusammenhänge behandelte er die Begriffe Konjunktur und Krise. Das Verhältnis der Herstellungskosten zum Preise des Produkts fand eingehende Erläuterung. War früher der Unkostenfaktor für Rohmaterialien, Maschinen, Antriebs- und Vertriebskosten im allgemeinen feststehend, so hat sich das in der Nachkriegszeit grundlegend geändert. Durch die tarifliche Regelung der Löhne ist dieser Teil der Unkosten im Gegensatz zu früher feststehend geworden, während durch die schwankenden Währungsverhältnisse in fast allen Ländern der Preis der Rohmaterialien beweglich geworden ist. Nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage benutzte das Unternehmertum die Zeiten schlechten Geschäftsganges zu einer Reduzierung der Löhne. Das ist heute bei der tariflichen Bindung nur sehr schwer möglich. Dies ist ein großer Fortschritt der Nachkriegszeit, der allerdings nicht dazu führen darf, die gewerkschaftliche Mitarbeit zu unterlassen und alles Heil nur von den Vertretern zu erwarten.

Uebergend zu dem Anteil des Lohnes am Produkt untersuchte Redner die Auswirkungen der Lohnsteigerungen auf den Preis der Waren. In Beispielen aus der Schuhindustrie, dem Baugewerbe usw. zeigte er, daß durch die intensiveren Arbeitsweise der Nachkriegszeit, durch bessere Ausnutzung technischer Betriebs-einrichtungen, Verkürzung der Wege, die das Arbeitsstück von einem zum andern Beschäftigten zurücklegen muß, eine erhebliche Mehrproduktion erzielt wird. Ebenso wurde gezeigt, daß eine Steigerung des Lohnes nicht unbedingt eine so große Preis-erhöhung zu bringen braucht, wie dies heute geschieht. Erhöht sich bei einem Lohnanteil am Produkt von 20 Prozent der Lohn um 10 Prozent, so braucht eigentlich nur eine Steigerung des Preises um 2 Prozent einzutreten. Wir sehen aber, daß Lohn-erhöhungen dazu benutzt werden, die nicht gesteigerten Unkosten für Material usw. mit ebenfalls 10 Proz. zu erhöhen, so daß der Preis nicht nur um 2 Proz., sondern um 10 gesteigert wird. Dadurch wird die erzielte nominelle Lohnsteigerung in ihrer realen Kaufkraft nicht nur ausgeglichen, sondern der Lohn sinkt in seinem Realwert.

Die Rationalisierung der Warenherstellung ist eine Möglichkeit, billiger zu produzieren. Bisher haben wir aber von einer Senkung der Preise der Waren nichts verspürt. Die Arbeiterschaft hat aber durch vermehrte Arbeitslosigkeit diese Fortschritte der Warenherstellung zu kosten bekommen. Dadurch ist jedoch der Zweck der Rationalisierung in sein Gegenteil verkehrt. Die vermehrte Produktion hat nur dann einen Sinn, wenn auch gleichzeitig der Absatz gesteigert wird. Dies kann aber nur durch größere Kaufkraft der Löhne bzw. Erhöhung der Reallohne erzielt werden. Darum liegt es im Interesse der Industrie, wenn die deutsche Arbeiterschaft, als Hauptmasse der Verbraucher, durch ausreichend hohe Löhne in den Stand gesetzt wird, neben der Befriedigung ihrer notwendigen Bedürfnisse auch als Käufer für Industrieprodukte aufzutreten. Kurz wurde der Anteil der Ausfuhr an der Produktion besprochen, der in Deutschland rund 15 Prozent ausmacht. Daraus geht hervor, daß der Ausfuhr nicht die Bedeutung in der Wirtschaft beizumessen ist, wie es im allgemeinen dargestellt wird. Nicht die Jagd nach Absatzgebieten im

Der lästige Schlein

Wieder fest! Rimm Fahs ech Sodener und du wirft den quä enden Hustenreiz los sein. te

Zangermünder Zunftartikel

Im Gebiet der Handwerkskammer Magdeburg waren im Jahre 1926 von rund 25 000 selbständigen Handwerklern des Bezirks 21 970 oder 91 Prozent in Innungen organisiert. Das ist ein erträgliches Verhältnis gegenüber den Bezirken der Handwerkskammern Sigmaringen und Reichenhauern, wo nur ungefähr 25 Prozent der selbständigen Handwerker organisiert sind. Aber auch unsere heimatischen Handwerker haben noch nicht die Stufe der Organisation erreicht, auf der die Kollegen der mittelalterlichen Zünfte standen.

In jenen längst vergangenen Zeiten war es unmöglich, weil es zugleich auch als polizeiwidrig galt, als Handwerker nicht organisiert zu sein. Im Zeichen des Frühkapitalismus und des wirtschaftlichen Fortschritts hatten sich dann im 18. und 19. Jahrhundert die Bande der Zunft gelockert und jeden einzelnen schloßlos die Freuden und Leiden ausgesprochenster wirtschaftlicher Freiheit erleben lassen. Die Krönung und den Abschluß fand diese Zeit in der reichsgesetzlich geschaffenen Gewerbefreiheit und im sogenannten Handwerkergesetz vom 26. Juli 1897. Gleichzeitig verlor die Zunft auch, das Handwerk gegen den Wettbewerb der Großindustrie lebensfähig zu erhalten.

Die besten Ueberlieferungen aus der „Itammen“ Zeit der Zünfte sind die Gildebrieife, die aus dem Archiv der Stadt Zangermünde der Heimatforscher W. Zahn ausgegraben hat. In ihnen wurden urkundlich mit ausdrücklicher Genehmigung des Magistrats die Satzungen jeder Gilde oder Zunft niedergeschrieben und behördlich anerkannt. Gegen denjenigen, der dagegen in Zukunft verstie, schritt die Polizei ein. Im wüßigen gegen den deutschen Staatsteil zu verstoßen, blieb jede Zunft für sich und jede Gilde hatte „ihren“ Gildebrief mit besonderen Vorrechten. Die noch vorhandenen Briefe sind bis auf den der Schneidergilde nur Abschriften derjenigen aus dem 12. und 13. Jahrhundert. Diese Abschriften aus dem 16. und 17. Jahrhundert lassen schon das beginnende Zunftbegründungs erkennen. Man verfuhr, durch eine solche feierliche Auffrischung alter Rechte der beginnenden Forderung der Zunftorganisation vorzubeugen.

Der Zunftzwang wurde streng durchgesetzt. Er brachte vielerlei Beschränkungen des Handwerks. Jeder durfte nur eine Tätigkeit betreiben. Das brachte den betreffenden Beruf natürlich technisch vorwärts und war damals noch nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ein Berufswechsel war so gut wie ausgeschlossen. Die Zünfte unterbanden ganz von selbst die dreiwöchentliche Beschränkung der Zunftmitglieder. Wie weit die Macht und die Selbständigkeit der Handwerksverbände ging, davon zeugt die Geschichte des Goldschmieds Scheidel. Er hatte ordnungsgemäß sein Handwerk erlernt. Kapit. Kaiser erlaubte ihm, durch eine solche feierliche Auffrischung alter Rechte der beginnenden Forderung der Zunftorganisation vorzubeugen.

Meister hier aufgenommen werden, so genügt nicht etwa der beglaubigte Zunftbrief einer benachbarten Berufsgilde, sondern sie verlangten ohne Gnade aufs neue ein dreifaches Meisterstück. Erleichtert wurde die Aufnahme als Zunftmeister nur den Söhnen der alten Meister oder denen, die als Geselle oder Meister eine Tochter oder Witwe eines Zunftbruders heirateten.

Die familiären Gebundenheiten des einzelnen Zunftbruders wurden geachtet. Sogar eine einfache Familienfürsorge war zunftgemäß vorhanden. Die Schneidergilde und auch manche andere sorgten z. B. für das Begräbnis der Angehörigen und brachten im Wege der Umlage eine Sterbeunterstützung für den Handwerker oder seine Angehörigen auf. Die Gesellenvereine kannte für die Zünfte diese Einrichtung. Die Fürsorge für das Seelenleben der Brüder vergah man keineswegs über dem scharfen Kampf um das materielle Wohlergehen. Vielmehr hat die Pflege der geselligen und religiösen Interessen darin den Grund, daß die Gildeverbände ursprünglich aus rein kirchlichen Bruderschaften entstanden sind. Manche Gilde wurde zum strengen Sittenwächter über ihre Angehörigen. Es wurde nicht bergehen, in den Satzungen zu sagen: „Wenn sie zum Bier zusammen kommen, soll niemand überflüssig Essen oder Trinken, also daß er jolches wieder von sich zu geben genötigt wurde, bei drei Schillinge Strafe.“ Die Meisterschilde schrieben darüber hinaus noch vor: „Soll auch keiner mehr Bier auf den Tisch bringen, als er mit der Hand bedecken kann bei 8 Pfennig und als er auf der Erde mit dem Fuße bedecken kann bei 1 Schilling Strafe.“ Der Grundsatz war: „Die Zünfte müssen so rein sein, als wären sie von Lauben gelesen.“

Unter diesen Verhältnissen wird es manchem Meister und Gesellen schwergefallen sein, die schmale Mittelstraße des Schicksals zu wandeln. Aber als Vorstufe für die spätere zünftlerische Spießbücherei waren solchen Sittengedarmten unerlässlich. Am wüßigen werden sich die weiblichen Teile der Zunftfamilien unter diesen Satzungen gefühlt haben, sagt doch Goethe in seinem „Faust“:

„Die Mädel sind doch sehr interessant, ob einer fromm und schlicht nach altem Brauch, sie denken, ducht er da, folgt er uns eben auch.“

Die Gerechtigkeit dieses zünftlerischen Sittengebäudes wird aber dem heutzutage, der ab und zu in den Kirchenbüchern der damaligen Zeit liest. Sehr oft findet man, daß eine alte Frau einen jungen Mann heiratet. Nach kürzerer oder längerer Zeit stirbt die alte Frau und der junge Mann heiratet dann jung. Warum? Für den denkenden Leser gewinnt diese trödelne Aufzeichnung des vergilbten Kirchenbuchs plötzlich Leben. Er sieht die Zunft: der vorwärtsstrebende junge Geselle kann nur Meister werden und dem Umwege über die Heirat der alten Meisterwitwe. Sie erst, nicht seine Tüchtigkeit, macht ihn zunftfähig, und erst nach deren Tode erhält er seine natürliche Freiheit als Mensch zurück und kann sich selbst den passenden Gesäften des Lebens suchen.

Waren zuerst die Gewandschneider die berühmteste Gilde in Zangermünde, so wurde ihnen im 17. Jahrhundert von den Bierbrauere der Rang streitig gemacht. Letzteres Gewerbe gehörte also schon damals zu den bestverdienenden. Und der „Kuhschwan“, wie man das Zangermünder Bier nannte, ließ wohl ganz ansehnliche Goldmünzen fallen. Neben den genannten Gilde gab es noch die Knochenhauergilde, das waren die Fleischer, die Schuster, die wie bei uns im Kriege das Leder zuteilten, die Krämer (Kolonialwarenhandler), die verschiedenen Arten von Schmieden, Tischler, Rüstler und Beutler, Putzmacher, Leineweber, Zimmerleute, Wäcker, Brandweiner (Brenner), Rad- und Stellmacher, Maurer, Leineweber, Apotheker und Bäcker, für die den Alten nach 1685 eine „revidierte Prot- und Semmelkarte“ aufgesetzt worden war. Das ist durchaus noch keine allzu reichhaltige Gildeaufzählung. Andre Städte führen oftmals 40 bis 50 solcher Zunftvereinigungen auf.

Zug der guten Organisation dauerte es lange, bis die Gilde sich auf kommunalpolitischem Gebiet, auch auf dem Rathaus, durchgesetzt hatten. Als die Bierbrauergilde sich die Führung erobert hatte, mußte sie im Rate der Stadt dem Stand der Gelehrten weichen. 1604 teilte der Rat der Stadt die Einwohner in drei Stände ein. Zum ersten Stand gehörten die Geistlichen, Doktoren und Großbesitzer, während die mächtige Gilde der Brauer in den zweiten Stand und manch andre noch weiter hinten angeordnet wurden. Daß in diesem Dreiklassen-system jedem Stand genau vorgeschrieben wurde, was für Kleider er zu tragen hatte, wieviel Geld er für seinen Regen auszugeben und wieviel Paten er zur Taufe seines Kindes zu laden hatte, war selbstverständlich. Wenn es auch hier und da zu Meibellonen kam, so kann man doch allgemein sagen, daß die Gilde trotz der in ihnen verlorperten Macht diese Kasteneinteilung ruhig hinnahm. Ein römisches Wort heißt: „So stirbt sich's schon, die Waffen in den Händen.“

Einen Fortschritt brachte die Gildeorganisation nur insofern, als sie ein Glied bildeten in dem Befreiungskampf der Städte von den abligen Grundherren. Hatte vorher der Grundherr u. a. auch das Verfügungsrecht und die Gewalt über die Arbeitskraft des Handwerkers gehabt, so wendete die Zunft nunmehr das Wort und die geschlossene Organisation wurde jetzt zur Fessel des Grundherrn. Der Schutz der Arbeitskraft wurde durchgeführt. Säumige Kunden kamen auf die schwarze Liste und kein anderer Handwerker lieferte ihnen Arbeit, bevor sie nicht die alten Schulden begleichen hatten. Selbst Bäcker und Gastwirte schlossen sich diesem Vorgehen an. Wie mag da dursichtigen Kleinen zumute gewesen sein! Die Kunden waren aber gegen nachlässige Meister auch geschützt. Wenn beispielsweise ein Schneidemeister den Anzug nicht fristgerecht anfertigte und den Stoff liegenließ, forderte ihn der Gildemeister auf, binnen 14 Tagen die Arbeit zu erledigen oder eine Lonne Bier als Strafe zu zahlen. Den Brauere war unter Androhung empfind-

der zugleich die Arbeiterwohlfahrt ausgedehnt werden soll. Fünfzehn Frauen gehören der Partei an. — Den Gemeindebevollmächtigten gab Genosse Kandel. Hier wurde hervorgehoben, daß die Biersteuer vom Regierungspräsidenten vorgeschrieben worden ist. Genosse Peters (Magdeburg) nahm noch im Verlauf der Versammlung Stellung. Er bedauert es sehr, daß Genosse Dübner seinen Posten niedergelegt hat. Die Ausführungen zur Werbearbeit gaben den Genossen manchen Wink. Die Wintermonate sollen zur Bildungsarbeit in den Versammlungen ausgenutzt werden; Referenten stehen zu jeder Zeit zur Verfügung. Genosse Krause gab noch einen kurzen Geschäftsbericht von der Konsumgenossenschaft und betont, daß das Lager 34 nicht an letzter Stelle steht; der Umsatz im Jahre 1926/27 ist auf über 120 000 Mark gestiegen. Nach Ausführungen über örtliche Angelegenheiten wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um über die Arbeiten der Gemeindeverwaltung fröhliche Aussprüche zu geben. Mit einer Ermahnung an die Mitglieder, die Werbearbeit rege zu betreiben, schloß Genosse Claus die Versammlung. —

Neue Kleingartenkolonie. Sonnabend 20 Uhr Interessenten-Versammlung in der „Grünen Lanne“.

Stöße
Freigesprochen. Vor dem Schöffengericht in Schönebeck hatte sich der Elektriker Karl S. wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Er wurde freigesprochen, da die Verhandlung ergab, daß S. nicht die Absicht hatte, persönliche Vorteile zu erzielen, sondern im guten Glauben gehandelt hatte. Die Anzeige wurde seinerzeit von dem Vormund der Kinder aus erster Ehe der Ehefrau W. gemacht. Für eins der Kinder sollte ein Antrag auf Verlängerung der Unterstützung gestellt werden. Der Vormund scheint sich aber um die Fürsorge seiner Pflegebefohlenen wenig gekümmert zu haben und so unterschrieb S. den Antrag, nachdem man ihm versichert hatte, daß der Vormund davon unterrichtet sei. Der Vormund bestritt das, aber Zeugen widerlegten seine Behauptungen. —

Städtur
Die Partei der Frauen. Mit Rücksicht auf sein hohes Alter ist der Parteiführer unersetzbar, Genosse Wicjorooski, von seinem bisher voll ausgeübtem Amt als Stadtverordneter zurückgetreten. An seine Stelle tritt die Genossin Johanne Schumann, Pfaffenstraße 17, in das Parlament ein. Mit ihr sind nunmehr zwei weibliche Vertreterinnen der Sozialdemokratie als Stadtverordnete in unserm Orte tätig. —

Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag den 11. Oktober, 17 Uhr. Nochmalige Entscheidung über den von der Aufsichtsbehörde zurückverwiesenen Haushaltplan. —

Stadtkreis Albersleben
Die Kabellegungsarbeiten bei der Einrichtung unserer neuen Stromleitungsnetzes für das Elektrizitätswerk machen gute Fortschritte. Die nötigen Kabel sind nunmehr eingetroffen. In 8 bis 4 Wochen werden alle Straßenkabel gelegt sein. Die Arbeiten sind zum Teil auf Schwierigkeiten gestoßen wegen der Bodenbeschaffenheit. Die Herstellung der Hausanschlüsse hat ebenfalls begonnen; sie läuft parallel mit der Legung der Straßenkabel. Zurzeit werden mit den Erdarbeiten etwa 40 Arbeiter beschäftigt. Es wird uns darüber folgendes geschrieben: „Es sind bis auf einige wenige Ausnahmen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die in der Arbeitslosenversicherung schon ausgeteuert sind. Zuweilen muß in Ueberrunden, ab und zu auch Nachts, gearbeitet werden. Das hat natürlich die Mißbilligung solcher Arbeitsloser erregt, die auch gern mit beschäftigt sein wollen, aber nicht angenommen werden. Es sind dieserhalb schon Beschwerden bei der Bauleitung erhoben worden. Nach deren Meinung kann aber nicht in zwei Schichten gearbeitet werden, schon mit Rücksicht auf die kurze Zeit der Tageshelle. Aus technischen Gründen könnten auch nicht mehr Leute eingestellt werden. Die Nacharbeit sei nur ausnahmsweise zur Fertigstellung dringender Arbeiten, um den Verkehr nicht zu lange zu behindern, durchgeführt worden. Die Bauleitung will aber in der Richtung der Milde der Beschwerden nachgeben.“ —

Aus der Altmark
Straßensperre.
Die Verbindungsschaulsee Elbersdorf bis zur Kreisstraße Langermünde-Überitz ist wegen Umbaus der Langerbrücke für sämtliche Fahrzeuge gesperrt. Der Verkehr von Elbersdorf nach Überitz wird über Demker und Weismarthe vermießen. Die Brücke wird in nächster Woche voraussichtlich fertiggestellt. Die Freigabe für den Verkehr kann jedoch erst in 3 Wochen erfolgen. —

Gerdelegen
Vorstandssitzung des Parteivereins am Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, beim Genossen Müller. —

Jäbenitz
Holzauktion der Oberförsterei Jäbenitz am Donnerstag den 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Willeßen Gasthof. —

Alße
Motorrad gegen Kartoffelwagen. Auf der Chaussee, in der Nähe von Ruseh, ereignete sich spät abends ein Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem unbeladenen, auf der falschen Seite fahrenden Kartoffelwagen. Glücklichweise kam der Motorradfahrer mit unbedeutenden Verletzungen davon, während sein Fahrzeug stark beschädigt wurde. —

Neuendorf am Speck
Der Tod als Freund. Durch Erhängen machte ein Grundbesitzer seinem Leben ein Ende, der an einer Krankheit litt, die ihn schon in die Irrenanstalt geworfen hatte. —

Wieder ein Einbruch. In die unweit vom Dorfe gelegene Villa von Mertens wurde kürzlich in den Nachstunden eingebrochen. Die Diebe zerstückelten eine Fenster Scheibe und stiegen in den Keller ein. Mitgenommen wurden Konferven, Wurst, Fleisch, einige Flaschen Wein u. a. Die Landjäger konnten die Täter noch nicht ermitteln. —

Osternburg
Einbruch. In den Schuppen des Privatmanns A. an der Seehäuser Straße wurde in der Nacht zum 7. Oktober eingebrochen. Entwendet wurden zwei Segeltuchdecken, zwei Spaten, eine Art, eine Säge, zwei Hacken und ein schwerer Hammer. —

Schiffbringe
Öffentliche Versammlung. Am Freitag den 7. Oktober fand hier eine öffentliche Beamtenversammlung statt, die vom Reichsbund der Beamten und Angestellten im Gemeinde- und Staatsbeamten-Verband einberufen war. Referent war Kollege Raumburger (Dresden). Den Beamten, so führte er aus, sind seit 1924 Versprechungen gemacht worden, vor allem den untern Gruppen. Die jetzige Besoldungsreform ähnelt der Besoldung, die vor dem Kriege bestand. Vor dem Kriege bekamen die obere Beamtengruppen siebenmal mehr an Gehalt als die untern. Die jetzige Reform ist noch schlechter; sie schafft ein Verhältnis von 1:8. Die beste Besoldung war die von 1920; da bekamen die oberen nur 2 1/2 mal mehr an Gehalt als die untern Beamten. Der Redner brandmarkte auch das Verhalten der Beamtenvertreter des Deutschen Beamtenbundes im Reichstag. Interessant waren seine Ausführungen über das Wohnungsgeld der hohen Beamten. Der hohe Beamte bekommt mehr Wohnungsgeld vom 1. Oktober an als der untere Beamte Gehalt bekommt. Reichsfinanzminister Köhler nennt das „soziale“ Besoldungsreform. Zum Schluß machte der Vorsitzende Barth bekannt, daß am 11. Oktober, vormittags um 9 Uhr, in Gadelegen vor dem Arbeitsgericht die Verhandlung in Sachen der Kollegin Sanger stattfindet; er bittet um zahlreiche Beteiligung. —

Öffentliche Volksbücherei Sangermünde
Knabenkinder. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr

Stadtkreis Stendal
Generalversammlung der Partei.

Die Versammlungen der Partei werden von jetzt an jeden ersten Freitag im Monat stattfinden. In der Generalversammlung am letzten Freitag wurde an Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Genossen Otten einstimmig Genosse Albert Krumpf zum ersten Vorsitzenden gewählt. Eine würdige Revolutionsfeier soll auch in diesem Jahre begangen werden. Genosse Müller berichtete über das geplante Programm. Am Montag den 7. November soll die Feier im Stadttheater, unter Mitwirkung des Stadttheaters, der Freien Sängerschaft und des Sprechchors der Arbeiterjugend stattfinden. Die Feste wird der Bezirkssekretär, Genosse Ferl (Magdeburg), halten. Als Theaterstück ist vorgesehen: „Die größte Sünde“ von Otto Ernst. Programme werden im Vorverkauf zum Preise von 90 Pfennig vertrieben. Die Plätze werden an der Abendkasse verlost. Eine Ansprache, an der sich die Genossen Hermann Nagel, Kreuzmann, Seifert, Kiple, Martin, Gruf, Nique und Krumpf beteiligten, gab dem Vorstand noch manche gute Anregung.

Ueber die Werbewoche vom 6. bis 13. November sprach Parteisekretär Genosse Müller. Im nächsten Jahre haben wir Aufgaben zu erfüllen, wie sie uns seit langem nicht gestellt waren und besonders in der Altmark werden wir um jede Stimme kämpfen müssen. In der Werbewoche muß zur Vorbereitung der Wahlkämpfe vor allem auch für die „Volksstimme“ gewonnen werden. Genosse Müller behandelte dann noch wirtschaftliche Fragen. Auch auf diesem Gebiet haben uns unsere Gegner reichlich Stoff zur Agitation geliefert. In den einzelnen Gewerkschaften müssen unsere Funktionäre immerfort auch für die parteipolitische Organisation der Arbeiterjugend eintreten. Der Redner gab dann noch beachtenswerte Ratschläge für die Art der Werbearbeit. In der Ansprache beteiligten sich die Genossen Krumpf, Kreuz, Seidenstüder und Schleener. Genosse Müller gab noch den Hausfrauen mit auf den Weg, bei Einkäufen unsere Geschäfte zu besuchen und nicht zu schwarzweißroten Geschäftsleuten zu laufen. Auch zum Inszerieren in der „Volksstimme“ muß die Geschäftsleute durch unsere Frauen erzoogen werden.

Auf das Frauentreffen am Sonntag den 16. Oktober wurde besonders hingewiesen. Vom Genossen Baras wurde nach angeregt, Lichtbildervorträge zu veranstalten. Genossin Mühlwies auf den am Dienstag den 11. Oktober stattfindenden Frauen-Unterhaltungsabend hin. Genosse Kreuz erinnerte daran, daß bei Unglücksfällen und Transporten die Arbeiter-Samariterkolonne bereit steht. —

Kleingartenpreise. Die für das Nachjahr 1921/25 gültig gemessenen Pachtpreise für Kleingärten gelten auch für 1927/28.

Güter- und Güterabfertigung. Seit dem 1. Oktober sind die Schalter der hiesigen Güter- und Güterabfertigung für die Annahme und Ausgabe von Fracht und Gütern von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr geöffnet; an Sonntagen nur Güterabfertigung wie bisher von 8 bis 10 Uhr. Eypregüter werden zu jeder Zeit am Gepäckschalter angenommen und ausgegeben. —

Frühling im Herbst. In einem Garten hinter einem Grundstück in der Windemannstraße konnte man in diesen Tagen einen Kirschbaum zum zweitenmal blühen sehen. —

Auf dem Wochenmarkt kosteten: Schweinefleisch 1,10 bis 1,30 Mk., Rindfleisch 1,20 bis 1,40, Kalbfleisch 1,20 bis 1,40 Mk., Schaffleisch 40 Pf., Schlachtwurst 1,90 bis 2,00 Mk., Bratwurst 1,60, Mettwurst 1,40 bis 1,60, Polnische 1,60, Kochwurst 1,20 bis 1,40, Würstchen 1,50, Schmalz 1,40, ger. Speck 1,40, Schinkenpfad 1,70 bis 1,80 Mk., Hammelfleisch 1,20 bis 1,30 Mk., Geflügel: Rindfleisch 0,80 bis 1,10, Leber 1, Hammelfleisch 1 bis 1,10 Mk., Bauernkäse Rolle 70 Pf., Käse 30 Pf., Eier Stück 15 Pf., Weizenbrot 6 Pf., Roggenbrot 10 bis 15 Pf., Rosenbrot 10 Pf., 50 Pf., Weizenbrot 10 Pf., Roggenbrot Stück 10 Pf., Kartoffeln Penner 2,50 bis 4,50 Mk., Blumenkohl Stück 5 bis 60 Pf., Pflaumen 10 Pf., Birnen 20 bis 30 Pf., Äpfel 10 bis 30 Pf., grüne Bohnen 20 bis 30 Pf., Lauben 90 Pf., Föhner 10 Pf., 0,90 bis 1,00 Mk., Gähnen 1,20 Mk., Tomaten 10 Pf., 20 Pf., Mölkereibutter 10 Pf., Landbutter 2,10 Mk., Seefische 30 bis 60 Pf.,

Wienhonig (rein) 1,50 Mk., Zwiebeln 15 Pf., Saffische 30 bis 50 Pf., Hechte 1,00 Mk. —

Auf dem Fundbureau sind ein Portemonnaie mit Inhalt, eine Brille, eine Damenhandtasche mit Portemonnaie, eine Zigarettentafel und ein Fahrrad abgegeben worden. —

Frauenunterhaltungsabend am Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ins Leben hinein! Der Verband für Freiberufliche und Feuerbestattung veranstaltete am Sonntag im Saale des Gewerkschaftshauses eine Lebensweiche. Grüne Bäume und Blumen verliehen dem Raum einen feierlichen Eindruck. Kom Rednerpult leuchtete die rote Fahne des Sozialismus herunter. Etwa zehn Säuglinge (Knaben und Mädchen) erhielten die Weihe. Bezirksvorsitzender Genosse Stiller (Magdeburg) hielt die Weiherede. Musikvorträge waren Auftakt und Ausklang der Wehe. Ein Lebensbuch soll den Kindern mit auf den Weg gegeben werden. Die Feier hinterließ einen tiefen Eindruck auf alle Anwesenden. —

Wahlen zur Angestelltenversicherung am Sonntag den 20. November, und zwar für die Arbeitgeber von 11 bis 18 Uhr, für die Angestellten von 16 bis 18 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaal. Es sind zu wählen sechs Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner. —

Die Grundvermögens- und die Hauszinssteuer sind vom 10. bis 15. Oktober von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr zu entrichten, und zwar: am 10. Oktober Hebebezirke 1, 5, 8; am 11. Oktober Hebebezirke 2, 6, 10; am 12. Oktober Hebebezirke 3, 7, 11; am 13. Oktober Hebebezirke 4, 12, 13; am 14. Oktober Hebebezirke 9, 14, 15 und am 15. Oktober die Reste. —

Sechsjähriges Mädchen überfahren. In Badingen er eignete sich ein folgenschweres Unglück. Von einem angefahrenen Wagen, auf dem sie saß, schlug die sechsjährige J. herunter. Dabei gingen ihr die Räder über den Leib. Schwerverletzt wurde sie in das Johanniter-Krankenhaus eingeliefert. —

Festnahme wegen Mordverdachts. Unter dem Verdacht, einen Arbeiter Erwin W. in Hamburg ermordet zu haben, wurde am Freitag auf dem Rittergut Hohentoulich ein Mann festgenommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Burg. Führerführung Mittwoch abend 8 Uhr bei Schrader. —

Briefkasten
Berichterstattung Barleben: Die Behauptung in der Parteiversammlung, daß der Brief mit dem Bericht über die Gemeindeververtretung bereits vor 9 Uhr vormittags in der Redaktion abgegeben wurde, ist irrig; der Brief wurde kurz nach 11 Uhr abgeliefert. —
Berichterstattung Großdöbberleben: Mitteilungen von Versammlungen und Sitzungen können nicht mehrmals wiederholt werden. —

Aus den Gerichtssälen
Gehalte, die jeder Beschreibung spotten

In Magdeburg existierte bis vor nicht allzulanger Zeit eine Geschäftsstelle der Selbsthilfe-Krankenversicherung des Mittelstandes auf Gegenzeitigkeit. Die Direktion dieser Krankenkasse befindet sich in Breslau. Geschäftsführer war in Magdeburg ein Dr. Fritz Sepphand, sein Vertreter ein junger, intelligenter Handlungsgehilfe Gerd Gressin. Die beiden leitenden Personen der Magdeburger Filiale waren, ehe sie nach Magdeburg kamen, in Breslau beschäftigt, wo es üblich war, daß das Gehalt monatlich im voraus gezahlt wurde. Als sie nach Magdeburg versetzt wurden, erfuhr die Gehaltszahlung plötzlich eine Änderung, so daß die beiden Angestellten nach Magdeburg führen, ohne das zustehende Monatsgehalt zu bekommen. Sie mußten ins Ende des Monats warten, ehe sie wieder ein paar Mark in die Hände bekamen. Da aber die Selbsthilfe — so wollen wir die Krankenversicherung kurz nennen — sowieso erbärmliche Gehalte bezahlte, gerieten die beiden Angestellten schon im ersten Monat ihrer Magdeburger Tätigkeit in Schulden, aus der es für die beiden Männer erst nach Begehung einiger Unredlichkeiten wieder ein Entrinnen gab.

Wegen dieser Unredlichkeiten hatten sich Dr. Sepphand und Gressin vor dem Erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Gressin ist der gewandteste der Angeklagten, der zunächst erst einmal sofort alles eingestand, was ihm zur Last gelegt wurde, der aber auch für seine Verfehlungen derartig wirkende Erklärungen wußte, daß trotz der Schwere der Verfehlungen beide Angeklagte mit Bewährungsfrist davorkamen. Dr. Sepphand hat Jura studiert, hat vier volle Jahre, zuletzt als Offizier, im Felde geübt, hat sich nach Kriegsende den Dokortitel geholt und hat dann, weil er passende Stellen nicht fand, im Versicherungsjahr gearbeitet. Zuvor war er beim schlesischen Landbund tätig, wo er aber abgebaut wurde, weil auch der Landbund nicht mehr recht zahlungsfähig war, den offenen Konturs aber vermeiden wollte. In der Selbsthilfe fand Dr. Sepphand Stellung. Er bekam in Breslau zunächst ein Monatsgehalt von — 185 Mark. Um seine Bezüge verbessern zu können, wurde ihm die Leitung der neugegründeten Magdeburger Geschäftsstelle angeboten, in der er als Mann mit einem Dokortitel, dem eine große Arbeitslast aufgebürdet wurde und zu dem die Direktion unabhängiges Vertrauen besitzen mußte, für monatlich — man höre — mit 160 Mark angestellt wurde. Mit diesen 160 Mark sollte der Angeklagte den Repräsentanten der Magdeburger Kasse markieren, er sollte sich als alleinstehender Mensch durchs Leben schlagen und sollte sich womöglich von dem Hungerlohn auch noch leben. Beschreiben berichtet der Angeklagte vor Gericht, daß er für 50 Pf. in der Magdeburger Suppenküche täglich essen mußte, um überhaupt bestehen zu können. Gressin ging es mit seinen 185 Mark natürlich ebenso. Als er seine Direktion bat, ihn wieder nach Breslau versetzen zu wollen, wo er bei seinen Eltern wohnen konnte, bekam er zur Antwort, daß er als stellvertretender Magdeburger Geschäftsführer angestellt würde, mit einer monatlichen Zulage von — 4,20 Mark.

Es dauerte natürlich nur wenige Monate und die beiden Geschäftsführer der Magdeburger Selbsthilfe waren bis über

Sulima CIGARETTEN

Tag für Tag
erwirbt sich die Sulima-
Deutschmeister Cigarette
durch die ausgezeichnete
Qualität neue Freunde.

4 1/2

Deutschmeister

KON LINON

Auferstehung

ist der Film der Woche!

Nach Tolstois weltberühmtem Roman und unter Mitwirkung seines Sohnes
Jlja Tolstoi
 mit Dolores del Rio — Rod la Roque

Letzte Tage!
DEULIG
 Palast
 Die fahrende Filmbühne!

Magdeburg, Platz: Kl. Cracauer-Anger
Heute (Dienstag) 7³⁰ Uhr
 Die Revue der Welt

Vorverkauf:
 Warenhaus
 Gebr. Barasch
 Magdeburg
 Breiter Weg
 148/149
 Fernruf
 7163

SARRASANI
 Morgen
 (Mittwoch)
 2 Vorstellungen!
 Kinder auf allen Sitzplätzen halbes Preis!
 Zirkuskassen sind ununterbrochen von 10 Uhr an geöffnet.
 Fahrrad- und Motorrad-Aufbewahrung in der Sarrasani-Schau
 Es ist noch keine Vorstellung ausverkauft!

**Nur wenige Tage!
 Schluß am 17. Okt.**

Füll
 der Internat. Großfilme

Auch in dieser Woche
Füll-Programme . . .
 große Klasse!

Gebaut und gegeistet
 ist jeder Zuschauer
 von

Svengali!

Paul Wegener
 verkörpert dieses Genie, diese Kraft
 eines Mannes geradezu unnahelbar.
Es ist ein großer Romanfilm
 nach dem berühmten Werk Zola's.
 Außerdem:
Das prächtige Weiprogramm.

Beginn 7,5 Uhr.

Mittwoch
Walhalla-
 Lichtspiele

UFA

Montag und Dienstag
letzte Tage
 Ueb immer Treu' und Redlichkeit
Reinhold Schünzel

Orient-Express — Orient-Express
 Der mit Spannung erwartete Film!

Orient-Express — Orient-Express
 Lil Dagover

Orient-Express — Orient-Express
 Lil Dagover

Orient-Express — Orient-Express
 Lil Dagover

Maria Paudler, Heinrich George,
 Angelo Ferrari, Walter Rilla

Zentral-Theater
 DIRECTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr:
Nur noch 3 Gastspiele
 Der
HEXER
 Das spannendste Kriminalstück d. Gegenwart.
Boranzige!
Freitag den 14. Oktober
 Beginn der Operettenpielzeit
Der große Herz
 in
Seidelberg
 verloren!
 Der größte Operettenerfolg!

Dürlapp

zu verkaufen:
 • Einig. wenig gebrauchte
Federbetten
 Seebett 15 20 25 Stk.
 Kissen 4 5 6 Stk.
 Unterbetten sehr bill.
 • Goethe-
 str. 37, p. r.

• Nähmaschinen
 auf Teilzahlung
 10 Markt Angestraße
Ed. Diehlich
 Berliner Str. 30/31.

Sprech-Maschinen

wie Tisch-,
 Schrank-,
 Reiseappara-
 te äußerst
 preiswert

Reichhalt. Plattenlager
 auch in Rührer-
 platten
 Neueste Schaller,
 Sequene Teilabgabe
 Ein Reparatur-Bericht
Küllers
 Sprechmaschinenhaus
 Magdeburg
 Spielstraße 6.

Kaufe
 Hähne und
 Weibchen,
 auch weiße
 Farben
Eltnar, Lessingstr. 26.

Freddrichs Festsäle
 Am Freitag den 14. Oktober 1927,
 abends 8 Uhr
Großes Marine-Konzert
 ausgeführt v. der Flottenkapelle
 Zinienhoff Schlessen-Polstein, Musik-
 meister Emil P. er, veranstaltet von den
 Marine- und Kolonialverbänden zu
 Magdeburg.
 Nach dem Konzert Festball.
 Vorverkauf 60 Pf. bei Holt & Rühle,
 Große Ringstraße, und im Votat.

Die Frauenvwelt den Frauen
 zum Leben, Denken und Schauen.
 Mit Schnittmusterbogen 14täglich 40 Pf

Zemlin & Co.
 Otto-v.-Guericke-Str. 10b
 (Kaiserstraße) 3025
 — Fernruf 4466 —
 empfehlen sich für:
**Strassen-
 Glas-
 Fassad-
 Vakuum-
 Teppich-
 Parkett-
 Lokal.**

Ungezielter-Vertilgung
 durch Gift, Bazillen
 im Ver-
 gung

KL
Kammer-Lichtspiele

Täglich ausverkauft!
 Trotz des Riesenerfolges ist es
 uns wegen anderweitiger nicht
 umzustößender Dispositionen nicht
 möglich, die Spielzeit des neuen,
 mit Begeisterung aufgenommenen
 Harry-Stedde-Großfilms
Ein Mädel aus dem Volke!
 zu verlängern.
Daher zeigen wir nur noch
bis einschl. Donnerstag:
Harry Liedtke
 in
Ein Mädel aus dem Volke!
Kaiser Joseph u. die
Schusterstochter
 Auserlesener lustiger bunter Teil!
 Beginn wochentags 4 Uhr

HOZOPA

Heute Dienstag
 fällt das
Kaffee-Konzert
 wegen anderer
 Veranstaltung
 aus.

Morgen Mittwoch und Donnerstag,
 nachmittags 3¹⁵ Uhr, die beliebten
Kaffee-Konzerte
 mit Theateraufführung.
 Zur Aufführung gelangt am nächsten
Der Löwentöter
 Stoffspiel mit Gesang in 1 Akt von Desmetrius
 Ström. Spielleitung: Fritz Schlegmann
 Eintritt 30 Pf. Platz 20 Pf.

HOZOPA

Morgen
 Mittwoch d. 12. Oktober
 abends 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
 der hier seinerzeit von
 Presse und Publikum
 mit großem Beifall
 aufgenommenen
Hohenzollern-Park

L. russisch. Konzert-Gesellschaft
 mit
Balalaika-Orchester, russischem
Männerchor, russischen National-
und Volkstänzern.
 20 Künstler. Leitung: Dr. E. Swerkoff.
 Eintrittspreise: Vorverkauf (Lokal u. Verkehrsverein) 0,80 &
 Abendkasse 1.— &

Nach dem Konzert:
Balalaika-Gesellschaftstanz
 ausgeführt vom gesamten Orchester

NR. Obige Konzertgesellschaft erhebt sich in Musikkreisen des
 besten Ranges und ist nicht zu vergleichen mit Kabarett-
 Ensembles oder ähnlichen Orchestern.

*Ungezogen-Güter
 schnell, billig,
 gepulvert, feinstmühlend,
 „Goldsine-Güter“*

Magdeburg, Breiter Weg 193/194
 gegenüber der Steinstraße.

Hühneraugen
 und eingewachsene
 Nägel befreit Fr. Meyer.
Sabonelli
Maffagen
 in u. außer dem Hause
 Schrodorfer Str. 1,
 Fernsprecher Nr. 2886

Prima Chaise-longues
 Markt 38,00

Prima Dreilaufwagen
 dreireihig, Markt 20,00
 Ratswaagenplatz 1/2 1 Etc.

Herren-Konfektion

Burschen-Anzüge täglich blau 17.00
 43.00 38.00 28.50

Herren-Anzüge täglich, große Auswahl 38.00
 80.00 65.00 58.00 45.00

Herren-Anzüge blau, Kasimierz, la. Qualit. 69.00
 90.00 82.00 78.00 72.00

Burschen-Ulster alle Größen 38.50
 62.00 55.00 44.50

Herren-Ulster große Auswahl 38.50
 80.00 72.00

Herren-Paletots schwarz, mit Semikragen 47.50
 61.00 58.00 48.00 43.00

Loden-Mäntel schwarz, mit Semikragen 17.50
 78.00 68.50 62.00 58.00

Ein Posten Covercoat-Windjacken
 Herbst-later 9.- Winter-later 11.25

Konsum-Verein
 Marktstr. 42 Ecke Petersstraße Marktstr. 42

Stadttheater
 Dienstag, 11. Oktober
 8¹⁵ Uhr
Der Diktator
 Schenck v. Schenck
 Mittwoch, 12. Oktober
 8¹⁵ Uhr
Don Giovanni
 Don Juan

Wilhelm-Theater
 Offene Vorstellungen
 zu kleinen Preisen
 Dienstag, 11. Oktober
 19³⁰ Uhr
Sanzabend
Alice Ziller
 und Tanzgruppe
 Heute, wie immer 19
 Uhr
Der Garten Eden
 Komödie v. Fernbach
 und Desmetrius

Reparaturen
 in
 alle
 Arten
 von
 Näh-
 maschi-
 nen
 und
 ande-
 ren
 Ge-
 rä-
 ten
 in
 der
 Werk-
 shop
 Breiter Weg 19

Reine Hände

wollen Sie behalten,
 auch wenn Sie Schuhe
 putzen. Dann dürfen
 Sie nur Erdal verwenden.
 Die Erdal-Dose
 öffnet sich durch einfache
 Hebel-Drehung spielend:
 Ihre Hände bleiben rein.

Erdal
 Marke Rotfrosch

war nicht zu verbessern, deshalb
 schufen wir eine bessere Packung.